



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2018/2021	
10. Sitzung	Donnerstag, 6. Juni 2019 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum	
Vorsitz	Christian Keller, Präsident	
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II	
Stimmzähler	Andreas Baumgartner Ralph Hunziker	
Anwesend	37 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Simon Knecht	
Entschuldigt	Mia Jenni Friedrich Wollmann	
Ende der Sitzung	23.15 Uhr	
Behandelte Geschäfte		Seite
1	2019/11 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	254
2	2019/02 Wahl eines Mitglieds in die Finanzkommission (Rücktritt Daniel Meier, CVP)	257
3	2019/12 Rechnung 2018	257
4	2019/13 Rechenschaftsbericht 2018	263
5	2019/14 Verpflichtungskredit von CHF 550'000 inkl. MwSt. (Kostendach) für einen Studienauftrag zum Schulhausneubau Goldiland	265
6	2019/15 Verpflichtungskredit von CHF 51'000 inkl. MwSt. für die Untersuchung der Hallenbaddecke	277
7	2019/16 Verpflichtungskredit von CHF 99'000 inkl. MwSt. für die Ausarbeitung eines Vorprojekt für den Erhalt des Hallen- und Gartenbades	279
8	2019/17 Teiländerung Nutzungsplanung Hombergsteig 10	282
9	2019/18 Postulat 2019/18, Grüne betreffend Konsultativabstimmung zum geplanten Martinsbergtunnel / Bericht Gemeinderat	283
10	2019/19 Umfrage	283

Christian Keller: Ich begrüsse Sie alle zur 10. Einwohnerratssitzung in dieser Legislatur. Es haben sich folgende Ratsmitglieder für die heutige Einwohnerratssitzung entschuldigt: Mia Jenni, Friedrich Wollmann und Linus Egger, ausserdem haben wir die Vakanz von Christoph Alder. Es sind im Moment 37 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

1 2019.11 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Zum **Formellen:** Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten.

Ich habe das Rücktrittsschreiben von Christoph Alder erhalten. Das Rücktrittsschreiben wird vorgelesen.

Ich danke Christoph Alder für seine Mitarbeit und wünsche ihm alles Gute.

Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 22. April 2019 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 14. März 2019 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 90'000 für den Ersatz der mobilen Trennwände im Erdgeschoss des Gemeindesaals.

Zu den **Mitteilungen: Dieter Martin, Gemeindeammann:** Linus Egger hat mich gebeten folgende Informationen zu geben. Linus Egger hatte am 18. Mai 2019 einen Herzinfarkt erlitten und befindet sich zurzeit in der Rehabilitation. So wie es aussieht geht es ihm gut und er hat die Absicht, voraussichtlich am 17. Juni 2019 die Arbeit wieder aufzunehmen.

In verschiedenen Artikeln des Badener Tagblatts war in letzter Zeit von unzufriedenen Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung zu lesen. Der Gemeinderat nimmt dazu wie folgt Stellung: Alle fünf Jahre wird eine externe Mitarbeiterumfrage durchgeführt, in der unter anderem auch angeschaut wird, wie die Zufriedenheit der Mitarbeitenden ist. Die nächste Umfrage ist im Jahr 2020 geplant, bei der letzten Umfrage im Jahr 2015 war eine hohe Zufriedenheit festzustellen. Weiter wird an jeder Kadersitzung, welche monatlich stattfindet, die Zufriedenheit im Team abgefragt und auch dort kommen positive Rückmeldungen.

In den letzten drei Jahren hatten wir eine Häufung von Schwangerschaften. Schwangerschaften erfordern regelmässig temporäre Überbrückungsmassnahmen, während dem Mutterschaftsurlaub oder auch wegen Problemen, die während der Schwangerschaft auftreten können. Dabei lässt sich eine gewisse Unruhe in den jeweiligen Abteilungen nicht ganz vermeiden.

Oft wünschen die Mitarbeiterinnen nach der Geburt eine Reduktion des Arbeitspensums. In den meisten Fällen können Lösungen gefunden werden. Trotzdem konnten in der letzten Zeit zwei Vertragsauflösungen nicht vermieden werden. Die Auflösungen erfolgen durch die Mitarbeiterinnen.

Was die Mitarbeiter aber auch beschäftigt, sind die negativen Berichte im Badener Tagblatt. Da wundern sich die Angestellten und wir erhalten Anrufe von besorgten Bürgern. Auch die Freistellung des Leiters Abteilung Steuern hat zu einer gewissen, internen Verunsicherung geführt. Es handelte sich um eine ordentliche Kündigung und nicht um eine fristlose Entlassung. Weitere Details können aus Datenschutzgründen nicht gesagt werden. Natürlich auch nicht gegenüber den Verwaltungsmitarbeitenden. Der neue Leiter Abteilung Steuern hat seine Arbeit am 1. Juni 2019 aufgenommen.

Ein weiteres Thema war auch die Frage der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern in der Gemeindeverwaltung. Wie ich in einem Zeitungsartikel vom 18. Mai 2019 gesagt habe, wird in der Gemeindeverwaltung Obersiggenthal Gleichberechtigung gelebt, auch bezogen auf die Löhne. Für unsere Mitarbeiterinnen bestehen keine Einschränkungen gegenüber ihren männlichen Kollegen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeinderätin: Der Einwohnerrat hat den Gemeinderat mit einem Postulat beauftragt, die Schulwegsicherheit im gesamten Gemeindegebiet zu prüfen und wo nötig Massnahmen zu ergreifen. Der Gemeinderat nimmt diesen Auftrag sehr ernst, und prüft den Beizug von fachkundigen Personen. Die Abteilung Bau und Planung wurde beauftragt, zu prüfen, ob eine Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BVU) oder mit dem Fachverband Fussverkehr Schweiz angestrebt wird, zudem sind die entsprechenden Kosten in Abklärung. Der Gemeinderat wird ihnen an der Budgetsitzung, im Rahmen des Budgets 2020 einen entsprechenden Kredit unterbreiten.

Walter Vega, Gemeinderat: Ich gehe davon aus, dass die meisten den Artikel, betreffend dem Goldiland in der gestrigen Ausgabe des Badener Tagblatts gelesen haben. Der Artikel, der über 20 online Nachrichten nach sich zog, hat sehr viele Emotionen aufgezeigt und es wurden auch sehr viele Emotionen dadurch ausgelöst. Ich möchte aber hier die Emotionen weglassen und basierend auf den mir vorhandenen Fakten, den Werdegang dieses Falls erläutern. Vorweg möchte ich aber betonen, dass das Wichtigste immer das Kindeswohl ist. Jeder Vorfall wird seriös angeschaut und zwar sowohl von der Leitung, wie auch vom Vorstand oder auch von mir. Es geht nicht darum, dass etwas vertuscht, verheimlicht oder versteckt werden soll, wenn Fehler passieren, dann steht man auch dazu.

Im Zeitungsartikel vom Badener Tagblatt wird mehrmals der Begriff Tagesstätte verwendet, das ist vom Begriff her nicht ganz korrekt. Wie ihr alle wisst, hat das Goldiland zwei Sparten, die Krippe mit den Vorschulkindern und die Tagesstrukturen mit den Schulkindern. Bei diesem konkreten Fall geht es um ein 7-jähriges Mädchen, somit ist das Thema die Tagesstrukturen. Der Vorfall hat sich am 18. April 2019 ereignet, das war der Donnerstag vor Karfreitag. Nun, über 1 ½ Monate später, kommt ein Artikel in der Zeitung. Der Vorstandspräsident, Benjamin Buser hat Frau Suter, welche das Ganze auch ausgelöst hat, unverzüglich per E-Mail kontaktiert und machte auch einen Terminvorschlag, für ein telefonisches Gespräch. Gleichzeitig hat er auch mich, als verantwortlicher Ressortvorsteher darüber benachrichtigt und mich auch regelmässig über das weitere Vorgehen informiert. Das Gespräch mit Frau Suter hat auch zeitnah stattgefunden, ich selbst wurde aber von Frau Suter nie kontaktiert. Das bedaure ich sehr, denn das wäre sicher die beste, die nächste Anlaufstelle gewesen, bevor sie zur Zeitung geht.

Interessanterweise wurde ich aber auch von anderen Eltern nicht kontaktiert. Seit das Goldiland besteht, habe ich nie etwas gehört, das heisst für mich in diesem Sinn „no News are good News“. Anfänglich, das war im Jahr 2017 gab es gewisse Unzufriedenheiten, im Zusammenhang mit der Zusammenstellung des Mittagessens. Ich war selbst auch an der GV, an der dies ein Thema war. Es wurde alles aufgenommen, es wurden Massnahmen eingeleitet, Optimierungen eingeführt und dadurch hat sich das Ganze auch beruhigt. Ich selbst war auch im Goldiland, habe Besuche gemacht und bin auch mit zum Mittagessen, mir ist nichts aufgefallen, das verdächtig wäre, ich hatte immer ein gutes Gefühl. Letztes Jahr wurde eine Zufriedenheitsumfrage bei den Eltern durchgeführt, dies wurde auch im Rechenschaftsbericht erwähnt. Diese ist durchaus positiv ausgefallen, es gab einzelne Hinweise für Verbesserungen, das ist natürlich auch immer sehr gut, um solche Inputs ist man immer froh. Nun stellt sich für mich natürlich aber die grosse Frage, welche Eltern das Badener Tagblatt und Frau Suter meinen. Eine relativ unqualifizierte Aussage eines Mannes, der anonym bleiben will, ist für mich, es tut mir Leid nicht sehr repräsentativ. An dieser Stelle möchte ich aber trotzdem alle Eltern bitten, die im Goldiland eine Dienstleistung beziehen, Vorfälle zu melden. Die Leute sind immer da, um solche Dinge aufzunehmen. Also nicht die Faust im Sack machen, sondern vorbei gehen und wenn das nicht zufriedenstellend ist, kann der Vorstand kontaktiert werden und sonst können die Eltern auch gerne zu mir kommen.

Interessant ist, dass nach dem Erscheinen des Artikels im Badener Tagblatt plötzlich die Eltern kamen und sich gemeldet haben. Aber nicht um zu sagen, dass alles stimmt, was im Artikel steht, sondern um uns mitzuteilen, dass sie zufrieden sind, so wie es läuft, und dass sie überrascht sind was im Artikel stand. Die Eltern kamen vermehrt zur Leitung, zum Vorstand oder zum Teil auch zur mich. Eine Person erzählte mir, dass sie im Goldiland ihr Enkelkind abholen

wollte, und das Enkelkind wollte sein „Gspändli“ auch mitnehmen, die Leitung erlaubte das nicht, weil mit den Eltern abgemacht war, dass das „Gspändli“ von den Eltern abgeholt wird. Somit mussten sie zehn Minuten warten, bis diese Eltern kamen und dann gingen alle gemeinsam. Es gab auch andere Fälle, bei denen die Kinder nach Hause gingen, und aus was für Gründen auch immer, niemand zu Hause war. Den Kindern wird gesagt, dass sie in einem solchen Fall wieder zurück ins Goldiland kommen sollen, das Personal klärt dann die Situation.

Das Goldiland, und so erlebe ich es auch immer, informiert transparent. Es wurde bereits vor dem Erscheinen dieses Artikels auf den Fakten basierend transparent informiert. Dieser Artikel wurde im Goldiland aufgehängt, es geht nicht darum etwas zu verstecken, es sollen alle sehen, was läuft und was geschrieben wird. Zusätzlich wurde eine Lob- und Tadelbox aufgestellt, es wird gewünscht, dass die Eltern gute und schlechte Dinge mitteilen.

Abschliessend kann ich sagen, dass aus Sicht der Behörde keine Anzeichen vorliegen, dass Qualitätsrichtlinien nicht eingehalten wurden. Im Gegenteil, im Goldiland ist es so, dass sie mehr ausgebildetes Personal haben, als gemäss Richtlinien nötig wäre. Selbstverständlich prüft der Gemeinderat, als Aufsichtsbehörde jeden gemeldeten Fall. Diese werden zusammen mit dem Vorstand besprochen. Diese Kommunikation, das kann ich bestätigen, läuft hervorragend. Ich habe einen sehr guten Draht zum Goldiland Vorstand.

Christian Keller: Zu den Neueingängen, es wurden drei Postulate der SP eingereicht, betreffend die Erarbeitung eines Unterhaltskonzept über die gemeindeeigenen Liegenschaften; die Lohngleichheit bei einem Anstellungsverhältnis bei der Gemeinde Obersiggenthal und die Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzepts für den Kirchweg West. Zusätzlich kam noch ein viertes Postulat von Peter Marten dazu, betreffend die Velovorzugsroute im Siggenthaler Feld, Schutz und Erhalt des Naherholungsgebietes.

Zum **Protokoll** der Sitzung vom 14. März 2019 sind keine Korrekturen eingegangen. Somit ist das Protokoll genehmigt.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich komme zur Verabschiedung, der in der Zwischenzeit Alt-Gemeinderätin Aline Schaich. Am 1. Januar 2018 hat Aline Schaich, als Nachfolgerin von Marie-Louise Nussbaumer ihr Amt als Gemeinderätin aufgenommen. Aline Schaich hat nun nach einem knappen Jahr Mitwirkung in der Exekutive überraschend ihren Rücktritt eingereicht.

Während ihrer Zeit als Gemeinderätin war sie für die folgenden Ressorts verantwortlich: Hochbau, Bildung, Schulwesen, Neubauten Bildung, Umwelt, Entsorgung und Energie. Zu ihren Ressorts gehörten die folgenden Kommissionen und Vertretungen: Ordentliche Baukommission, Energie- und Umweltkommission, Zweckverband Kehrrechtverwertung Baden-Wettingen, KV Baden.

Den Rücktritt einzureichen ist Aline Schaich sehr schwergefallen. Sie hat sich couragiert dem Amt gestellt und Anfang dieses Jahres offen kommuniziert, dass sich das Gemeinderatsamt nicht mit ihrer beruflichen Funktion vereinbaren lässt. Natürlich hat dies auf allen Seiten ein gewisses Unverständnis ausgelöst. Wir müssen uns alle bewusst sein, das Gemeinderatsamt ist anspruchsvoll, ebenso sind die beruflichen Rahmenbedingungen härter geworden. Die Vereinbarung von beiden Aufgaben wird immer schwieriger.

Liebe Aline, im Namen der Gemeinde Obersiggenthal danke ich dir für dein Engagement als Gemeinderätin und wünsche dir für deine Zukunft alles Gute.

Aline Schaich, Gemeinderätin: Ich bedanke mich herzlich, es war eine kurze, knackige Zeit, die knapp 1 ½ Jahre, in denen ich mitwirken konnte. Ich fand es immer sehr kooperativ mit euch als Rat, aber auch mit meinen Gemeinderatskollegen und mit den Verwaltungsmitarbeitern zusammen zu arbeiten. Wenn es nur um die Personen gegangen wäre, an dem lag es nicht, dass ich meinen Rücktritt gegeben habe. Herzlichen Dank.

Theo Flückiger: Liebe Aline auch von unserer Seite, der Fraktion SP bedanken wir uns ganz herzlich für deinen grossen Einsatz. Es war leider, wie bereits gesagt eine kurze Zeit, das bedauern wir sehr, aber wir haben natürlich auch Verständnis. Es ist eine grosse Belastung, die du getragen hast. Wir wünschen dir für deinen weiteren Weg alles Gute und hoffen, dass du wieder einige freie Abende mehr hast, an denen du etwas anderes machen kannst, als nur für die Gemeinde zu arbeiten. Vielen Dank.

2 2019.02 Wahl eines Mitglieds in die Finanzkommission (Rücktritt von Daniel Meier, CVP)

Christian Keller: Es hat sich bis heute Abend niemand gemeldet. Gibt es heute Abend spontane Kandidaturen aus dem Rat für den vakanten Sitz? Das ist nicht der Fall. Die Gemeindeordnung schreibt vor, wie die Finanzkommission zusammengesetzt sein muss. Die Ersatzwahl wird nun an jeder Einwohnerratssitzung wieder traktandiert, solange bis die Forderung der Gemeindeordnung wieder erfüllt ist. Die Fraktionen sind weiterhin aufgerufen, in ihren eigenen Reihen zu suchen, ob sich jemand zur Verfügung stellt. Es wäre gut, wenn die Kommission auf das Budget hin wieder vollzählig wäre.

3 2019.12 Rechnung 2018

Eintreten wird nicht bestritten.

Christian Keller: Anstelle des Finanzvorstehers, Linus Egger, wird Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen, die Rechnung vorstellen. Der Ablauf sieht wie folgt aus: Nach Bernhard Wehrli wird Ursula Haag, Präsidentin der Finanzkommission die Rechnung aus Sicht der Finanzkommission erläutern. Anschliessend kommen wir zu den Fraktionsmeinungen. Dabei handelt es sich um summarische Voten zur Rechnung als Ganzes. Danach gehen wir die Rechnung nach den Abteilungen durch. Dort besteht die Gelegenheit Fragen zu stellen. Am Schluss können noch allgemeine Fragen gestellt werden.

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Ich darf Ihnen, stellvertretend für den abwesenden Ressortchef Finanzen die Rechnung 2018 der Einwohnergemeinde Obersiggenthal präsentieren. Ich gehe davon aus, dass Sie die Broschüre, die versendet wurde, eingehend studiert haben, somit kennen Sie die Zahlen sicher alle. Trotzdem werde ich mich auf die wesentlichen Ergebnisse und Abweichungen zum Budget nochmals kurz beschränken. Die Rechnung 2018 wird anhand von Folien präsentiert. Anfangs die Ergebnisse der Spezialfinanzierungen, alle Spezialfinanzierungen, das Wasserwerk, die Abwasserbeseitigung und die Abfallwirtschaft konnten ihre Erfolgsrechnung erfreulicherweise mit einem Ertragsüberschuss abschliessen. Auch die Finanzierungsergebnisse in der Abwasserbeseitigung sowie bei der Abfallwirtschaft sind positiv, einzig beim Wasserwerk gab es aufgrund der hohen Investitionstätigkeit einen Finanzierungsfehlbetrag von rund CHF 560'000.

Die Rechnung 2018 der Einwohnergemeinde zeigt bei der Erfolgsrechnung ein operatives Ergebnis von rund CHF 301'000, budgetiert waren CHF 20'000. Wir haben somit ein besseres Ergebnis von CHF 280'000. Die Nettoinvestitionen lagen mit rund CHF 1'500'000 ziemlich genau auf dem Budget, das obwohl es immer wieder Verschiebungen gibt. Die Selbstfinanzierung konnte etwas angehoben werden, wir waren letztes Jahr auf CHF 2'400'000, womit es schlussendlich ein Finanzierungsergebnis von rund CHF 900'000 gab. Ich denke, dass das Gesamtergebnis als erfreulich betrachtet werden darf, wenn man berücksichtigt, dass das operative Ergebnis erstmals seit Einführung von HRM2 (2014), besser ist, als budgetiert. Das operative Ergebnis ist massiv besser ausgefallen, als wir im Herbst 2018 noch befürchtet haben. Zum ersten

Mal seit fünf Jahren, konnten wir die Nettoverschuldung wieder leicht reduzieren. Zusammengefasst darf ich auch sagen, dass die Buchhaltung im letzten Jahr gelehrt hat, ich glaube, wir hatten noch nie so viele Bewegungen in der Rechnung. Trotz allem müssen wir die Euphorie natürlich etwas dämpfen, es gab in den Vorjahren ausserordentliche negative Positionen, nur, dass wir im Jahr 2018 auch noch ausserordentliche Einnahmen hatten, die das ganze auffangen konnten.

Wohin ist der Steuerfranken gerollt? Jeder dritte Franken floss in die Bildung, nach wie vor sind die Gesundheit und die Soziale Sicherheit die grossen Themen, die zusammen auch rund ein Drittel ausmachen. Die anderen Gebiete teilen sich das letzte Drittel auf. Wenn man die Artengliederung zuzieht, sieht man, in welchen Gebieten gesamthaft die grössten Abweichungen zum Budget vorlagen. Das betrifft auf der Aufwandseite hauptsächlich den Sach- und übrigen Betriebsaufwand, mit Abweichungen gegenüber dem Budget von rund CHF 504'000 sowie den Transferaufwand, das sind Beiträge an den Kanton, andere Gemeinden, öffentliche Unternehmungen von CHF 295'000, nur mit einem anderen Vorzeichen. Auf der Ertragsseite hatten wir die grössten Abweichungen, beim Fiskalertrag, also bei den Steuereinnahmen, beim Entgelt und auch hier wieder beim Transferertrag. Wenn wir die grössten Abweichungen gegenüber dem Budget etwas genauer betiteln wollen, ohne dass wir hier die einzelnen Positionen auch frankenmässig aufführen, dann habt ihr in der Rechnung gesehen, dass wir höhere Mehrkosten in den Abteilungen Soziales sowie Bau und Planung hatten. Aufgrund diverser personeller Mutationen, Aufarbeitung von Pendenzen und Arbeiten, hatten wir höhere Löhne und mussten auch Dienstleistungen Dritter einmieten. Wir hatten höhere Gesundheitskosten, ein bekanntes Thema aus den Vorjahren, wir hatten einen höheren Unterhalt bei den Hochbauten, diverse Dinge mussten im Nachhinein dringend erledigt werden, wie zum Beispiel Brandschutztüren, Heizungen im Gemeindehaus und im Kindergarten. Es wurden aber auch ausserordentliche Anschaffungen bewilligt, Geräte in den Kindergärten und ein Fahrzeug beim Baudienst.

Auf der Aufwandseite, aber im positiven Sinne, hatten wir tiefere Zahlungen an Sonderschulungen, an gewerbliche- und kaufmännische Schulen, an Krippen, an das Kinderhaus und auch das Hallen- und Gartenbad hatte einen tieferen Defizitbetrag. Am Schluss konnten wir natürlich von den tieferen Zinsen profitieren, die im Moment herrschen. Auf der Ertragsseite sticht sicher der Steuerabschluss hervor, wir hatten gesamthaft einen besseren Steuerabschluss, allerdings hat es auch hier Nuancen. Innerhalb des Steuerabschlusses gab es grosse Verschiebungen, einerseits hatten wir Mindereinnahmen bei der Quellensteuer und andererseits hatten wir bei den juristischen Personen grosse Mindereinnahmen, auch weil wir eine Rückerstattung tätigen mussten, die uns der Kanton in den Vorjahren versehentlich zugeteilt hat. Positiv verbucht werden konnten die Einkommens- und Vermögenssteuern sowie die Sondersteuern. Einmal mehr durften wir grössere Erbschaft- und Schenkungssteuern verbuchen, die schwer zu budgetieren sind. Ebenfalls hatten wir grosse Nachträge bei den Nach- und Strafsteuern, der automatische Informationsaustausch lässt hier schon ein wenig grüssen. Wir hatten höhere Gebührenerträge, hauptsächlich bei der Abteilung Bau und Planung und natürlich auch bei den Einbürgerungen. Negativ ist, dass wir bei den Sozialhilferückerstattungen weniger Rückerstattungen einnehmen konnten, als wir budgetierten. Dafür hatte wir eine ausserordentliche, letztmalige Subventionsnachzahlung von CHF 158'000, für die Abrechnung 2017. Ganz zum Schluss der Fall Postauto, welchen wir sicher aus den Medien kennen, auch dort bekam die Gemeinde Obersiggenthal CHF 55'000 zurück.

Der Selbstfinanzierungsgrad lag erstmals seit 2014 wieder über 100 %, wir konnten also sämtliche getätigten Investitionen mit selbst erwirtschafteten Mitteln finanzieren. Die Nettoschuld konnten wir von CHF 18,7 Millionen auf CHF 17,8 Millionen reduzieren. Das entspricht dem anfangs erwähnten Finanzierungsüberschuss von rund CHF 900'000. Dies ergibt neu eine Nettoschuld von CHF 2'080 pro Einwohner.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Ich entschuldige mich bereits vorgängig, dass ich eigentlich etwas Ähnliches wie Bernhard Wehrli halten werde, weil wir von der Finanzkommission zu den gleichen Überzeugungen gekommen sind. Bei Linus Egger kamen jeweils etwas

andere Zahlen und das habe ich irgendwie nicht mitbekommen, ich hoffe, dass ihr euch deswegen nicht langweilt.

Zur Rechnung 2018 möchte ich aus Sicht der Finanzkommission nur wenige Worte verlieren. Wir haben heute Abend noch einige Traktanden, die die Zukunft der Gemeinde betreffen und sicher mehr zu diskutieren geben, als die Rechnung, denn die Rechnung ist nicht mehr zu ändern. Die Finanzkommission hat in etlichen Sitzungen die Rechnung 2018 geprüft und wir haben festgestellt, dass die Verwaltung ein erhöhtes Kostenbewusstsein gelebt hat. Die Rechnung schliesst zwar mit einem operativen Ergebnis von CHF 281'044 über Budget ab, und beim Aufwand und beim Ertrag gibt es gegenüber dem Budget nur noch ganz kleine und unwesentliche Abweichungen. Das ist zwar ein gutes Ergebnis, doch wenn man das Resultat genauer untersucht, stellt man fest, dass die Kosten bei der Sozialhilfe und bei der Pflegefinanzierung noch immer ein Steuerprozent gegenüber dem Budget abweichen. Bei der Abteilung Fürsorge waren vor allem Stellenwechsel, krankheitsbedingte Ausfälle und Schwangerschaften Gründe für die Kostenüberschreitung. Erfreulicherweise wurden in der Kinderbetreuung die Kosten gegenüber dem Budget sogar um CHF 98'000 unterschritten. Auch bei den Löhnen wurde die Budgetvorgabe eingehalten. Leider sehen wir beim Sachaufwand ein Plus von 1,69 %. Um die hohe Personalfuktuation der verschiedenen Abteilungen, wie Bau und Planung, Soziales und Kanzlei in den Griff zu bekommen, mussten wir externe Leistungen einkaufen.

Somit komme ich auch noch auf die Einnahmeseite zu sprechen. Bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen, sowie bei den Einkommens- wie auch bei den Vermögenssteuern wurden die budgetierten Werte erreicht. Das Plus von CHF 302'100 bei den Steuern, kam nur dank eines ausserordentlichen Ertrages bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern zustande. Das bedeutet, dass sich die Steuererhöhung des Vorjahres im Rechnungsabschluss 2018 nicht niedergeschlagen hat. Die Nettoverschuldung hat um CHF 900'000 abgenommen und deshalb haben wir jetzt eine Verschuldung pro Einwohner von CHF 2'080. Die Finanzkommission hat auch die Spezialfinanzierungen bei Wasser, Abwasser und Abfall geprüft und wir haben dazu keine Ergänzungen. Für das Budget 2020 müssen wir die Sparbemühungen fortsetzen, dazu muss man die Erkenntnisse aus dem Sparprogramm Ratio 2020 miteinbeziehen. Auch angesichts der heute Abend beantragten grossen Investitionen in der Schule und beim Hallen- und Gartenbad besteht kein Anlass zum Aufatmen, unsere Finanzlage wird weiterhin angespannt bleiben. Die Finanzkommission wird sich dafür einsetzen, dass unsere Gelder, sprich Steuern vernünftig und haushälterisch eingesetzt werden. Deshalb werden wir in der Finanzkommission die zukünftigen Investitionen genauestens hinterfragen. Die Finanzkommission fordert den Gemeinderat und die Verwaltung auf, auch in Zukunft alle Sparmöglichkeiten zu erfassen und die regionale Zusammenarbeit, zwecks Kostenoptimierung weiter zu fördern.

Christian Keller: Wir kommen zu den Fraktionsmeinungen.

Daniel Meier: Die CVP/BDP-Fraktion hat die Rechnung geprüft und wir können dazu sagen, dass sich ein operatives Ergebnis von CHF 301'000 gegenüber den budgetierten CHF 20'000 sicher sehen lässt. Das positive Ergebnis ist gut gegenüber den vergangenen, eher schlechteren Jahren, die wir hinter uns haben, hoffentlich geht es in diesem Trend so weiter. Wir denken, dass das gute Resultat einerseits dank dem harten Budget, dass wir uns selbst auferlegt haben, erzielt werden konnte und andererseits aber auch mit dem eisernen Sparwillen und der Kostendisziplin, die man in der Gemeinde feststellen kann. Wir möchten doch noch auf zwei, drei Punkte hinweisen. Das sind einerseits die Gesundheitskosten, die nochmals um 10 %, auf neu CHF 3,2 Millionen angestiegen sind und auf der anderen Seite auch die Sozialhilfekosten, die auch weiter ansteigen. Wir hoffen, dass wir hier zum Beispiel mit dem Spitexverbund noch besser eine Plafonierung erreichen können, so dass die Gesundheitskosten nicht mehr weiter ansteigen werden. Auf der erfreulichen Seite ist die Postauto-Rückzahlung von CHF 55'000, aber auf der Nachteilseite haben wir die CHF 409'000, die wir noch zusätzlich zahlen mussten, aber dafür können wir ja nichts.

Auch die Steuereinnahmen sind positiv, das hat sicher geholfen, um die Nettoverschuldung zu reduzieren, was ein positives Ergebnis bringt. Bei der Investitionsrechnung ist von den CHF 1,58 Millionen ungefähr die Hälfte in das Kindergartenprovisorium geflossen und der Rest auf die diversen anderen Projekte, denen wir unter anderem auch im Rat zugestimmt haben. Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben sind wir der Meinung, dass das positive Resultat auch zu schätzen ist. Zum Abschluss möchten wir der Verwaltung und insbesondere der Abteilung Finanzen ganz herzlich für die gute Rechnung und die guten Resultate, die wir erhalten haben danken.

Marcel Müller: Die SVP-Fraktion bedankt sich für die wertvolle und aufwändige Arbeit der ganzen Abteilung Finanzen, unter der Leitung von Bernhard Wehrli. Wir bedanken uns auch ausdrücklich bei der ganzen Finanzkommission, die auch einen sehr wertvollen Beitrag und eine sehr wertvolle Arbeit zu Gunsten der Gemeinde leistet, unter der Leitung von Ursula Haag.

Die SVP-Fraktion nimmt, die erstmals seit mehreren Negativjahren leicht positive Rechnung 2018 gerne so zur Kenntnis. Das operative Plus kommt allerdings nur auf CHF 300'000 zu stehen. Viele Gemeinden in unserer Umgebung kommen auf deutlich bessere operative Ergebnisse, die Frage stellt sich, warum das so ist. Ohne die einmaligen Einnahmen von der „Postautobschiss“-Rückzahlung sowie von den erheblichen Nachsteuern und Bussen aus dem im Jahr 2018 in Kraft getretenen automatischen Informationsaustausch (AIA) und den erhöhten Einnahmen aus den Schenkungs- und Erbschaftssteuern, hätte Obersiggenthal leider auch im Jahr 2018 ein Defizit erzielt. Diese drei einmaligen Zusatzeinnahmen, auf die Betonung auf einmalig, machen zusammen volle CHF 660'000 aus. Wir sollten auch nicht vergessen, dass die Gemeinde den Steuerfuss erheblich erhöht hatte, dass die Eigenmietwerte erhöht wurden und der Pendlerabzug auf maximal CHF 7'000 neu festgelegt wurde. Dabei vergisst man vielleicht, dass eine Eigenmietwerterhöhung oder die Beschränkung eines Pendlerabzuges letztlich auch Steuererhöhungen sind, es geht nicht nur um die 5 %, die wir damals höher gefahren sind. Die Steuern und somit die Belastung der Bürger hat sich erhöht und trotzdem kommt die Gemeinde Obersiggenthal auf kein wirklich gutes Finanzergebnis. Das müsste uns allen hier im Rat schon auch zu denken geben.

Folgendes ist augenfällig, die Pflegekosten steigen weiter an, das ist bedauerlich. Wir dürfen aber nie vergessen, das sind Leute, die mitgeholfen haben, diese Gemeinde, den Kanton Aargau und die Schweiz aufzubauen. Wir sprechen hier vor allem von den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, und die haben es verdient, im Alter eine gute Betreuung zu bekommen. Bedenklicher ist für uns allerdings, dass vor allem die Sozialkosten weiter stark ansteigen, denn dieses Geld fehlt der Gemeinde für anderes. Wir sprechen über Schulhäuser, Schwimmbäder, wir sprechen über andere Infrastrukturen und geben sehr viel Geld für Soziales aus, es wird nichts gebaut, nichts entwickelt, einfach so weg. Leider mussten gewisse Arbeiten auf der Verwaltung extern vergeben werden, weil es in der Verwaltung immer wieder zu Lücken gekommen ist. Diese Kosten fallen zum Teil recht hoch aus und belasten die Steuerzahler in erheblichem Umfang. Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen liegen wiederum unter dem Budget. Man hat die Steuereinnahmen einmal mehr einiges zu hoch budgetiert, es geht immerhin um CHF 400'000.

Ich habe es sehr geschätzt, dass erstmals im Rechenschaftsbericht auf Seite 75 die Wanderungsbewegung der Steuerzahler aufgelistet ist. Wir schätzen die Transparenz, die hier hergestellt wurde und es stützt etwas die Thesen, die wir früher schon hatten. Es sieht nämlich so aus, dass es Obersiggenthal weiterhin nicht gelingt, neue gute Steuerzahler anzuziehen und dass sogar Steuerzahler verloren gehen. Diese Aussage machte die SVP schon über die Ergebnisse in den Vorjahren. Im Rechenschaftsbericht auf Seite 75 wird jetzt erstmals der Wanderungssaldo der Steuerzahler in konkreten Zahlen aufgezeigt. In den vier Jahren, 2014 bis 2017 reduzierte sich die Anzahl Steuerzahler um netto 21 Personen, wir sind also eher geschrumpft und nicht gewachsen. Dabei gingen über diese vier Jahre knapp CHF 400'000 an Steuereinnahmen verloren. Es ist also doch so, dass Obersiggenthal recht gute Steuerzahler verloren hat, während andere Gemeinden wachsen scheint Obersiggenthal zu stagnieren.

Dies alles bei einer eigentlich sehr guten Wirtschaftslage. Geschätzte Anwesende dieser Rechnungsabschluss 2018 bedeutet, dass die Gemeinde Obersiggenthal noch lange nicht über den finanziellen Berg ist. Die SVP Fraktion fordert alle Parteien in diesem Rat weiterhin zum Sparen und zur Bescheidenheit bei den Investitionen auf, es geht nichts an der Bescheidenheit vorbei. Die SVP will keine höhere Steuerbelastung für die Bürger von Obersiggenthal ohne, dass konkrete vernünftige Projekte vorliegen.

Ralph Hunziker: Die SP-Fraktion nimmt einerseits vom guten operativen Ergebnis wie auch vom Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung Kenntnis und wird der Rechnung 2018 zustimmen.

Peter Marten: Die FDP-Fraktion hat den positiven Rechnungsabschluss 2018 erfreut zur Kenntnis genommen. Wir hatten in den letzten Jahren das Phänomen, dass ausserordentliche Posten die Rechnung primär belastet oder das Resultat verhasgelt haben. Das letzte Jahr konnte die Gemeinde Obersiggenthal vom Gegenteil profitieren, so dass die ausserordentlichen Positionen das Resultat verbessert haben. Wir wollen das Resultat der Rechnung 2018 nicht schlechter machen als es ist, das operative Ergebnis liegt ja rund CHF 280'000 höher als budgetiert, was grundsätzlich erfreulich ist. Trotzdem hat es ein paar Punkte, die wir beleuchten wollen. Es ist leider so, dass positive Rechnungsabschlüsse gern den Blick auf genau diese Punkte vernebeln und das wollen wir vermeiden.

Beim Sach- und Betriebsaufwand fällt auf, dass der doch CHF 500'000 höher als budgetiert ausgefallen ist, das ist genau einer dieser Positionen, den wir beeinflussen können. Die Abschreibungen sind auch CHF 200'000 tiefer ausgefallen als budgetiert, das hat auch geholfen. Der Fiskalertrag fiel CHF 300'000 höher aus, das ist grundsätzlich positiv, ist aber vor allem der Sondersteuer geschuldet, das haben wir bereits vorher gehört. Sorgen bereitet uns, dass die Einkommenssteuern der natürlichen Personen im Rechnungsjahr rund CHF 400'000 tiefer ausgefallen sind, als budgetiert, das hat Marcel Müller bereits erwähnt. Das ist kein einmaliger Effekt, sondern das konnten wir in den letzten Jahren immer wieder beobachten, dass wir Probleme, bei den natürlichen Personen haben, um auf die Budgetwerte zu kommen. Bei der allgemeinen Verwaltung, speziell Abteilung Bau und Planung sind die Kosten rund CHF 200'000 höher ausgefallen, die Erklärung des Gemeinderates zeigt auf, dass wir bei diesen Kosten tatsächlich eine Baustelle haben. Erfreulich ist für uns die Bildung, dort ist der Nettoaufwand rund CHF 100'000 unter dem Budget. Im Bereich Soziales hatten wir zusätzliche Personalkosten und wir hoffen sehr stark, dass dort nun endlich eine Beruhigung eintritt, das würde uns auch finanziell entlasten.

Im Bereich der Gemeindestrassen wurde erwähnt, dass Kosten aufgrund der neuen LED-Beleuchtung und der Stromabschaltung eingespart werden konnten. Bei einem solchen grossen Projekt, wie bei dieser LED-Einsparung finden wir es schade, dass es nicht möglich ist, eine Aussage darüber zu machen, was es unter dem Strich wirklich gebracht hat. Ich denke, dass das etwas ist, was in der Gemeinde generell mehr angestrebt werden müsste, es sollte uns etwas mehr Rechenschaft abgelegt werden, was das gebracht hat, was gemacht wurde.

Unser Fazit ist, dass wir ohne die ausserordentlichen Faktoren, die für einmal positiv ausgefallen sind, nicht so ein gutes Resultat gehabt hätten. Obwohl ich heute gehört habe, Spardisziplin und Kostendisziplin von allen und von jedem, muss ich trotzdem sagen, dass wenn ich mir die Rechnung anschau, wir auch relativ überschossen haben. Ja, man hat einen guten Job gemacht, aber wir sind diesbezüglich noch nicht in der Championsleague. Eine nachhaltige Erholung der Gemeindefinanzen ist nicht erkennbar, der Spardruck muss anhalten und die Investitionen müssen weiterhin auf das Nötige, Wichtige reduziert bleiben und werden.

Daniela Graubner: Die Rechnung 2018 schliesst mit einem erfreulichen operativen Ergebnis von plus CHF 300'000. Nur dank einem höheren Steuerfuss von 5 % auf 105 % konnten die Einkommenssteuern der natürlichen Personen erreicht werden. Dank der zusätzlichen Sondersteuern bei den Nachsteuern und Bussen sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern liegt der Ertrag sogar über dem budgetierten Wert. Wir bedanken uns bei der gesamten Verwaltung für ihre Arbeit und fürs Kostenbewusstsein, wir begrüssen die Zugsrichtung des Gemeinderates

mit Ratio 2020 und mit weiteren grossen Anstrengungen für gesunde Gemeindefinanzen von Obersiggenthal.

Marcel Müller: Ich habe noch eine Frage zu einer Folie von Bernhard Wehrli. Bei der Sozialhilfe gab es weniger Rückerstattungen von Dritten, weshalb ist das so?

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Das kann ich so nicht direkt beantworten, das sind Rückerstattungen, sowohl von Sozialhilfeempfängern, wenn sie wieder eingegliedert sind und wieder zu Geld kommen wie auch allgemeine Rückerstattungen, die es von Nachzahlungen der Invalidenversicherung (IV) und anderem gibt. So explizit kann ich das hier nicht beantworten.

Walter Vega, Gemeinderat: Die Rückerstattungen sind immer mit sehr grossem Aufwand verbunden, das sind einerseits die, die keine Sozialhilfe mehr beziehen, die müssen 15 Jahre lang im Auge behalten werden. Es muss immer wieder kontrolliert werden, wo sich diese Leute aufhalten, wenn sich diese noch in der Gemeinde oder im Kanton befinden, ist es noch relativ einfach. Wenn sie aber in einem anderen Kanton wohnen, ist es schon aufwendiger, und wenn sie im Ausland sind, wird es ganz schwierig. Die, die am meisten Erfolg versprechen, sind die Erbschaftsfälle, das sind die Glückstreffer. Dafür ist aber auch die gute Vernetzung in der Gemeinde, in der Verwaltung nötig. Das ist ein wichtiger Punkt, es ist die einzige Möglichkeit, das Geld irgendwie wieder zurück zu holen.

Marcel Müller: Wir hatten ja in der Abteilung Soziales Personalturbulenzen, mir geht es darum, dass keine Fristen für Rückforderungen verpasst werden, dabei handelt es sich um Geld, das der Gemeinde zusteht. Bevor man immer auf den Steuerzahler losgeht, sollte die Gemeinde alle Massnahmen, alle Fristen und alle Möglichkeiten ausschöpfen. Es kann ein reiner Zufall sein, dass die Rückerstattungen Dritter tiefer sind, das steht vielleicht im Zusammenhang mit der Personalsituation oder vielleicht auch nicht. Ich bin der Ansicht, dass darauf geschaut wird, und ich hoffe, dass du da wirklich den Finger darauf hast, bevor immer beim Steuerzahler angeklopft wird, denn die Gemeinde hat diesen Personen auch Steuergelder ausbezahlt.

Walter Vega, Gemeinderat: Ich werde wirklich alle Möglichkeiten ausschöpfen. Wir werden auch Fälle, die abgeschlossen sind, sauber dokumentieren, damit man bereits auf dem Blatt sieht, wieviel zurückerstattet werden muss.

Petra Rutschmann: Ich möchte auch noch etwas dazu sagen. Rückerstattungen von Dritten sind Leistungen der IV, subsidiäre Leistungen, die eingefordert werden können. Die können jedoch nur eingefordert werden, und da wiederhole ich mich vielleicht, wenn man Fachpersonen hat, die eine vernünftige Ausbildung haben, die das Sozialversicherungssystem gut kennen und die ihre Klienten regelmässig sehen. Diese Fachpersonen kosten Geld, die wollen gute Anstellungsbedingungen und die haben eine bunte Auswahl an Stellen. Es gibt viele Stellen in diesem Bereich, aber wenig gute Sozialarbeitende. Es ist auch nicht so, dass Schwangerschaften daran schuld sind, wie wir es vorher gehört haben, dass die Kosten auf dem Sozialdienst massiv explodieren. Ich habe auch fünf Jahre lang ein Sozialhilfeteam mitgeleitet und wir hatten diverse Schwangerschaften und das ist nicht die Kostenexplosion. Die Kostenexplosion ist das Wissen, das weg geht, mit Leuten, die keine vernünftigen Arbeitsbedingungen haben, mit denen sie arbeiten können.

Christian Keller: Wir kommen nun zur Erfolgsrechnung 2018 und werden diese nach Abteilung durchgehen.

Peter Stucki, Gemeinderat: Wir haben auf Seite 67 im Rechenschaftsbericht 2018 eine Abbildung wieviel Strom mit diesen Massnahmen gespart werden konnte. Die Aufteilung für was ist relativ schwierig, denn man sieht nur die Stromersparnis. Man müsste eine Bereinigung nach der Teuerung, nach Preisverschiebungen machen, das wird der Grund sein, weshalb man es nicht ausgewiesen hat, aber der Erfolg aufgrund der Stromersparnis ist im Rechenschaftsbericht 2018 enthalten.

Erich Schmid: Ich hätte gerne zur Position 7900, Mehrwertabgabe eine Kostenübersicht, wie der Stand der Dinge ist.

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Die geleisteten Beiträge der Mehrwertabgabe weisen wir in der Bilanz separat aus. Wir hatten Ende 2018 ein angehäuften Konto von rund CHF 320'000, das heisst wir haben seit 2015 „kleinere Einnahmen“ von rund CHF 400'000 und in der Rechnung 2018 wurden nun zum ersten Mal auch Ausgaben, von rund CHF 80'000 aus dieser Kasse verbucht, somit liegt der Stand Ende 2018 bei CHF 320'000. Wir haben auch noch rund CHF 200'000 im Budget 2019, die wir für die Planung 2019 benötigen. Wir wissen auch, dass nächstes Jahr grosse Zahlungen von über CHF 3 Millionen fliessen sollten.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Verwaltungsrechnung 2018 wird unter Entlastung des Rechnungsstellers einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

4 2019.13 Rechenschaftsbericht 2018

Eintreten wird nicht bestritten

—
Christian Keller: Der Rechenschaftsbericht befindet sich auch auf der Website der Gemeinde Obersiggenthal.

Eugen Frunz: Wie ihr bereits im Votum von Marcel Müller gehört habt, haben wir den Rechenschaftsbericht bis zur letzten Seite gelesen. Er ist sehr informativ, wie bereits in den vergangenen Jahren. An dieser Stelle möchte ich dem Verfasser und den Redaktoren dieses Werks meinen Dank aussprechen.

Theo Flückiger: Auch wir schliessen uns diesem Dank an, es ist einmal mehr ein guter Überblick, was alles in der Gemeinde läuft. In diesem Sinne, besten Dank.

Christoph Villiger: Auch ich möchte mich im Namen der FDP herzlich bedanken, es ist ein sehr umfassendes Werk, sehr informativ und es steckt viel Arbeit dahinter, besten Dank.

Petra Rutschmann: Wir Grünen haben den schönen Rechenschaftsbericht auch mit Begeisterung gelesen, uns ist wie jedes Mal aufgefallen, wie ausführlich und gut er gestaltet ist. Es steckt sicher sehr viel Arbeit dahinter, deshalb bedanken wir uns sehr herzlich.

Christian Keller: Gibt es Einzelvoten zum Rechenschaftsbericht?

Petra Rutschmann: Die Abteilung Soziales hat im Rechenschaftsbericht aufgeführt, dass mit der neuen Leitung, die Abläufe zu einem grossen Teil optimiert und etabliert werden konnten. Ich habe mich daran erinnert, dass wir genau für diese Arbeit die 30 % Administrationsstelle gesprochen haben. Das letzte Mal wurde gesagt, dass diese Stelle noch nötig ist, wird diese

Stelle weiter benötigt, ist das absehbar oder sind die administrativen Abläufe nun dokumentiert und soweit auf Stand?

Walter Vega: Es ist richtig, diese Optimierungen laufen, sie konnten aber noch nicht abgeschlossen werden. Es ist nicht nur die Administration, die das macht, wir haben ja noch bis Ende dieses Monats jemanden, der uns auch unterstützt. Grundsätzlich sind die 130 Stellenprozent, aufgrund der Anzahl Fälle noch immer gerechtfertigt. Ich sehe im Moment noch keine Möglichkeit etwas zu reduzieren, aber wir werden es sehen, wenn die Budgetphase kommt, dann werden wir das genau prüfen, was es bedeutet, aber zum jetzigen Zeitpunkt kann ich dazu keine Aussage machen, ob wir etwas reduzieren können oder nicht. Mein Ziel ist es eigentlich, dass man die Administration möglichst gut einsetzt, damit bei der Sozialarbeit gewisse administrative Arbeiten wegfallen, damit sich die auf das Kerngeschäft konzentrieren können, so müsste es eigentlich sein. Mein Ziel ist es nicht, grundsätzlich bei der Administration zu reduzieren, ich möchte eigentlich den anderen helfen, damit sie Zeit für die Projekte haben. Aber wie bereits gesagt, ist es im Moment noch zu früh, um zur weiteren Notwendigkeit Stellung zu nehmen.

Petra Rutschmann: Mir geht es um das schriftliche Festhalten der Arbeitsabläufe, ist das erfolgt?

Walter Vega: Es ist ein Stück weit erfolgt, aber noch nicht ganz abgeschlossen.

Erich Schmid: Ich habe zwei Fragen zum Jahresrückblick des Gemeinderates. Wie ist der Stand, betreffend der Ortsbildkommission, die neu besetzt werden soll. Auf Seite 4 ist das Mitwirkungsverfahren, betreffend Oederlin Areal erwähnt, welches im Frühling 2019 diskutiert und anschliessend aufgelegt werden soll. Wann ist diese Mitwirkung vorgesehen?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Ortsbildkommission gibt es seit Herbst 2018 mit der damaligen Besetzung nicht mehr, wir arbeiten zurzeit mit einer Person. Zusammen mit dieser Person haben wir das neue Reglement erstellt, dieses sieht neu drei Personen in dieser Kommission vor. Diese Gruppe wird nicht mehr Ortsbildkommission, sondern neu externe Berater Ortsbild heissen. Das Reglement wurde letzten Montag abgesegnet und jetzt wird noch der Entscheid gefällt, welche Experten beigezogen werden sollen. Beim Oederlin-Areal sind wir zurzeit, im Zusammenhang mit der BDO Anpassung mit den Oederlin Entwicklungsträgern in Verhandlung. Wir haben euch letztes Jahr dargelegt, dass die Gemeinde in Eigenregie einen Anpassungsvorschlag gemacht hat, diesen Vorschlag verhandeln wir im Moment.

Erich Schmid: Also wird diese Mitwirkung noch etwas andauern.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Nein, die Mitwirkung wird noch nicht so bald kommen.

Erich Schmid: Ihr schliesst also zuerst ab und dann kommt die Mitwirkung.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Genau.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Rechenschaftsbericht 2018 wird einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

5 2019.14 Verpflichtungskredit von CHF 550'000 inkl. MwSt. (Kostendach) für einen Studienauftrag

Eintreten wird nicht bestritten

Christian Keller: Für dieses Traktandum nehmen Bruno Glettig, Gesamtschulleiter und Sandro Fischer, Leiter Bau und Planung Einsitz.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Rückblickend teile ich Ihnen mit, dass sich der Gemeinderat über die grosse Teilnahme an der separaten Informationsveranstaltung zur Schulhausplanung vom 27. Mai 2019 gefreut hat. Es haben ca. 30 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte daran teilgenommen. Die Tabelle über die Schülerzahlen, welche Christoph Alder, neu Alteinwohnerrat gefordert hatte, wurde dem Einwohnerrat in der Zwischenzeit nachgereicht. Im Weiteren wurde von verschiedenen Fraktionen der Wunsch geäussert, dass auch Elementbauten im Studienauftrag berücksichtigt werden sollen. Ich habe von der Arbeitsgruppe die Bestätigung erhalten, dass diesem Wunsch entsprochen wird. Damit der Einwohnerrat die finanziellen Auswirkungen der beiden grossen Projekte, über die wir heute Abend diskutieren, neues Schulhaus und Sanierung Hallen- und Gartenbad besser abschätzen kann, hat der Gemeinderat den Aufgaben- und Finanzplan soweit möglich aktualisiert.

Bevor wir nun aber über diese beiden Themenbereiche diskutieren, wird Ihnen Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen den aktualisierten Aufgaben- und Finanzplan darlegen.

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Diejenigen, die an der Informationsveranstaltung vom 27. Mai 2019 waren, kennen diese Kosten, bezüglich der Investitionen Schulraumplanung, die wir dort aufgelegt haben. Für die 1. Etappe, die mit dem Bezugsschuljahr 2023/24 vorgesehen ist, sind im Moment CHF 10,67 Millionen vorgesehen. Wir haben Kapital-, Betriebs- und Personalfolgekosten von gesamthaft CHF 740'000 aufgeführt. Wenn man es ordentlich nach den kantonalen Vorgaben rechnet, wir wissen auch, Stand heute, bei dem die Zinsen etwas tiefer sind, wird es vermutlich auch ein paar Franken weniger ausmachen. Die 2. Etappe, sofern sie dann irgendwann kommt, wäre ab 2029/30 mit ähnlich hohen Total- und Folgekosten denkbar. Ich habe den Auftrag erhalten, Ihnen den aktuellen Stand aufzuzeigen. Anhand von Folien wird der Aufgaben- und Finanzplan präsentiert. Diese Zahlen beruhen auf groben Schätzungen und können in absehbarer Zeit natürlich ändern. Das wird fortlaufend angepasst, diesbezüglich verweise ich auf die nachfolgenden Traktanden und möglichen Ausführungen des Gemeinderates. Ich komme zur Frage, wie sich die Investitionen auf die Verschuldung der Gemeinde auswirken. Wir denken, dass die Verschuldung 2019 stabil bleiben sollte, in den Jahren 2020 bis 2023 dürfe es eine massive Erhöhung der Nettoschuld geben. Die darauffolgenden zwei Jahre sollten vermutlich wieder relativ stabil sein und eine mögliche Schuldenreduktion ist ab 2026 denkbar. Ihr seht, dass im Moment CHF 31 Millionen an Investitionen eingeplant sind, eine Steuerfusserhöhung ist bei diesem Finanzplan eingeplant. Bereits vor zwei Jahren wurde gesagt, dass wenn die grossen Investitionen kommen, am Steuerfuss etwas gemacht werden muss. Im letzten Herbst waren 5 % eingeplant, das ist aktuell noch immer so. Ob das so kommen könnte, ist sicher von der Höhe der Investitionen und vom Budget 2020 abhängig. Denn es geht ja nicht nur um die Investitionen, sondern auch darum, dass wir den mittelfristigen Finanzhaushalt sicherstellen können.

Die heutige Nettoschuld beträgt CHF 17,8 Millionen. Bei den Szenarien, die wir Stand heute haben, wäre der geschätzte Anstieg bei CHF 33-34 Millionen. Im Fokus wird zukünftig sicher weiterhin die Selbstfinanzierung sein, damit wir diese aufrechterhalten und vielleicht erhöhen können. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, wenn die ungenügend ist, dann können wir nicht investieren. Früher hatten wir eine relativ hohe Selbstfinanzierung, dementsprechend ging es der Gemeinde auch gut. In den letzten Jahren kam diese Zahl ziemlich unter Druck, dementsprechend mussten wir mit dem Steuerfuss reagieren. Wir müssen schauen, dass wir

diese Zahl möglichst hoch behalten können. Das war der Überblick wie wir das im aktuellen Finanzplan eingeplant haben

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte eingangs noch ein paar grundsätzliche Dinge zum Schulhausneubau sagen. Die Schulhäuser Unterboden und OSOS sind bereits heute überbelegt, das Unterboden hat 15 statt empfohlene 12 Abteilungen und das OSOS hat 20 statt empfohlene 18 Abteilungen. Damit sind fünf Abteilungen bereits erklärt. Der neue Aargauer Lehrplan und die modernen Unterrichtsformen verlangen nach zusätzlichen Fach- und Gruppenräumen im Unterboden und im OSOS. Die Bevölkerung und damit die Schülerzahl in Obersiggenthal wächst weiter. Konkret gehen wir davon aus, dass es bis zum Schuljahr 2023/24 3 zusätzliche Abteilungen braucht. Insgesamt brauchen wir also, wie wir bei dieser Präsentation am 27. Mai 2019 gesehen haben, ab dem Schuljahr 2023/24 Schulraum für acht Abteilungen.

Was passiert, wenn der Antrag abgelehnt würde. Entweder müssten dann mehrere Provisorien (Klassenzimmer und Fachräume) errichtet werden, was langfristig teurer kommt und den Schultag erheblich erschwert. Oder die Schüler müssten Schulen in anderen Gemeinden besuchen, sofern diese Platz haben und damit einverstanden sind. Das würde aber auch bedeuten, dass die Gemeinde pro Schüler Schulgeld bezahlen muss. Aufgrund der im Vergleich zu anderen Kantone unattraktiven Arbeitsbedingungen und den vier verschiedenen Standorten der Primarschule, die alle voll und übertoll ausgelastet sind, haben wir schon heute grosse Mühe qualifizierte Lehrpersonen für offene Stellen zu finden. Eine Ablehnung des Antrages würde, das ist nicht als Drohung gemeint, sondern das ist einfach die Situation erklärt, die personelle Situation zusätzlich verschärfen. Insgesamt würde sich die Qualität und die Attraktivität unserer Schule auf jeden Fall verschlechtern, was sich negativ auf potenzielle Zuzüger, insbesondere junge Familien auswirken dürfte.

Anhand einer Folie werden die betreffenden Parzellen präsentiert. Die Schulhausplanungsgruppe hat verschiedene Varianten geprüft. Unter anderem auch die Sandplatzvariante, die an der letzten Sitzung diskutiert wurde, auch die wurde in Betracht gezogen, wurde aber einstimmig verworfen. Die Variante, sich auf die bestehende Gemeindeparzelle zu beschränken, hat nicht genügt, der Aussenraumbedarf hätte damit nicht erfüllt werden können. Das für die Schulhäuser Aussenräume wichtig sind, das wissen wir alle. In Folge dessen hat sich diese Variante ergeben. Die 1. Etappe ist in rot eingezeichnet, das ganze wird nach rechts verschoben, damit der Sandplatz frei bleibt.

Christian Keller: Wir kommen zu den Fraktionsvoten.

Carol Demarmels: Die SP-Fraktion stellt sich einstimmig hinter den Studienauftrag für die Schulhausplanung. Der Bedarf nach mehr Schulraum in unserer Gemeinde wurde klar aufgezeigt, die Metron-Prognosen zeigen das auf, die sind eigentlich unbestritten. Die Prognosen sind auch sehr gut untermauert und anerkannt. Die momentane Situation ist in einzelnen Schulhäusern aus meiner Sicht überhaupt nicht mehr tragbar. Im Unterboden müssen die Schulheilpädagoginnen und Heilpädagogen mit den Schülerinnen und Schülern im Gang arbeiten. Die DaZ-Lehrpersonen müssen auf der Treppe arbeiten. Im Schulhaus Kirchdorf sind die Garderoben im Treppenhaus, aus feuerpolizeilicher Sicht höchst bedenklich. Man hat den Lehrplan 21, der in Kraft tritt, und mit dem wandelt sich auch der Bedarf an Schulraum. Wenn die Schulhäuser weiterhin so überbelegt sind, entsprechen sie diesen Anforderungen einfach nicht. Die jetzige Situation ist auch für Lehrpersonen sehr unattraktiv, wir haben es gehört, es werden Absagen erteilt, die Lehrpersonen möchten, aufgrund der Infrastruktur nicht an unserer Schule arbeiten. Man könnte ja jetzt sagen, dass die Lehrpersonen nicht solche Anforderungen stellen sollen, wichtig ist aber unser Unterricht lebt von den Lehrpersonen. Ich möchte mein Kind nicht zu einer unqualifizierten Lehrperson schicken. Wer ein bisschen Erfahrung in der Bildungslandschaft hat, der weiss, dass ganz viele Lehrpersonen weder fachlich noch didaktisch, noch pädagogisch ausgebildet sind und trotzdem seit Jahren in unseren Schulen unterrichten. Das Raumprogramm erscheint uns zweckdienlich, durchdacht, man kann in keiner Weise von einem Luxusbau reden. In vielen Bereichen orientieren wir uns am Minimum

von dem, was der Kanton vorschlägt, das sind zum Beispiel die Raumgrössen von 70 m² oder aber auch die Gruppenräume, einer pro zwei Schulzimmer.

Bei den Klassengrössen gibt der Kanton eine Obergrenze von 25 Schülerinnen und Schüler pro Klasse vor, aber dann müsste man zumindest auch den Raum von 70 m² haben, das haben wir gar nicht überall. Im Unterboden sind die Räume nicht überall 70 m² gross. Was die Klassengrössen betrifft, liegt Obersiggenthal momentan über dem Durchschnitt, wenn man sie mit dem Gesamtkanton vergleicht. Wenn man sich die Realschule anschaut, denn dort sind die Klassengrössen sicher etwas kleiner. Dazu kommen auch noch die auswärtigen Schülerinnen und Schüler von Untersiggenthal, welche im Moment sehr spärlich gekommen sind, die dann vielleicht auch wieder in einer Zahl zu uns kommen.

Aufgrund von diesen Gegebenheiten sprechen wir uns deutlich für den Kredit zum Studienauftrag aus und wollen nochmals vor Augen halten, dass ohne das neue Schulhaus unsere Schülerinnen und Schüler vielleicht in andere Gemeinden gehen müssten. Ich würde nicht in eine Gemeinde ziehen, in welcher mein Kind nicht einmal zur Schule gehen kann. Betreffend der Nichtumsetzung der Tagesschule in der 1. Etappe werde ich mich in einem Zweitvotum noch äussern.

Stefan Semela: Die FDP-Fraktion hat das Geschäft eingehend beraten. Der Bedarf für weiteren Schulraum, gemäss der 1. Etappe ist von der FDP unbestritten, ob die 2. Etappe je umgesetzt wird, können wir heute noch nicht abschätzen. Es ist aber wichtig und richtig, dass die mögliche 2. Etappe mitgeplant wird. Der derzeitige vorhandene Schulraum ist bis zum Anschlag belegt, wenn nicht sogar überbelegt. Die prognostizierte Zunahme um drei Abteilungen infolge der steigenden Schülerzahlen belegen, dass der Bedarf von zusätzlichem Schulraum ausgewiesen ist. Wir haben es gesehen, aufgrund des grossen Planungssperimeters erscheint ein Studienauftrag, insbesondere angesichts der geplanten Etappierung notwendig. Die mögliche Flexibilität, im Gegensatz zu einem Wettbewerb ist uns anlässlich der Informationsveranstaltung plausibel dargelegt worden. Das Raumprogramm, das in der 1. Etappe beabsichtigt ist, erscheint den heutigen Anforderungen an einer modernen Schule gerecht zu werden. Teilweise wurde intern die Meinung vertreten, dass die Raumgrössen als grosszügig zu erachten sind, wir haben jedoch einen klaren Konsens, dass keine Luxuslösung geplant ist. Wir regen an, dass wurde uns bereits zugesichert, dass die Option Modulbaufirma mitberücksichtigt wird. So, dass solche Firmen direkt angeschrieben werden, mit der Aufforderung auch ein Projekt einzugeben. Damit haben wir die Möglichkeit, zwischen den beiden Varianten konventionelle Bauweise und Modulbauweise mit allen Vor- und Nachteilen zu entscheiden. Das wurde vom Gemeinderat so zugesichert, dass das passieren soll. Die FDP stimmt dem Antrag somit einstimmig zu.

Urs Müller: Obersiggenthal braucht Schulraum, und deshalb brauchen wir ein neues Schulhaus, das ist für unsere Fraktion unbestritten. Wir wollen keine weiteren Provisorien, aber über eine halbe Million für einen Studienauftrag, erschien uns doch als sehr hoch. Wir setzen auch ein grosses Fragezeichen beim Raumkonzept, natürlich braucht es heute neben Klassenzimmern mehr zusätzliche Gruppenräume, doch wenn man bei den Vorgaben des Studienauftrags das Verhältnis zwischen Unterrichtsräumen, also Klassenzimmer und Zusatzräumen anschaut, hat man schon das Gefühl, dass hier ein wenig mit der grossen Kelle angerichtet wird. Auf acht Klassenzimmer mit einer Fläche von total 560 m² kommen rund 800 m² Neben-, Gruppenräume etc. Natürlich braucht es heute diese Gruppenräume oder Räume für Logopädie, Instrumentalunterricht, SHP und DaZ, doch sind im vorliegenden Raumprogramm flächenmässig zu gross dimensioniert. Diese Räume werden meistens von zwei bis vier Personen genutzt, dafür braucht es kein halbes Schulzimmer von 35 m². Wir möchten deshalb, dass das Raumkonzept bei gleichbleibender Anzahl Räume und gleichbleibender Gesamtfläche dahingehend verändert wird, dass man dadurch sogar zwei Klassenzimmer mehr integrieren könnte.

Das würde uns auch noch etwas Spielraum geben, so dass die 2. Etappe weit herausgeschoben werden könnte. Es geht nicht darum, die Gruppenräume anzahlmässig zu reduzieren,

sondern in der Grösse. Wer schon einmal in diesem Schulhaus durch die Kojen gegangen ist, die sind etwa halb so gross wie die geplanten Gruppenräume und haben sehr viele Kästen, die man hier nicht einbauen müsste. Wir müssen schauen, dass wir uns nicht sklavisch an die kantonalen Empfehlungen halten, wir brauchen Räume, aber wir bitten darum, das noch einmal zu überarbeiten.

Daniela Graubner: Aufgrund der Darlegung über den notwendigen Platzbedarf am letzten Montag hat es die EVP als notwendig und sinnvoll erachtet, den Studienauftrag über CHF 550'000 zu sprechen. Die Informationsveranstaltung am letzten Montag hat aufgezeigt, dass der Dichtestress in allen Schulhäusern herrscht und der Platzbedarf mit dem neuen Lehrplan und höheren Schülerzahlen in Zukunft auch steigen wird. Der Schulhausneubau ist notwendig. Wir begrüssen ausdrücklich, die Planung eines Schulhauses mit Etappierung, so dass eine 1. Etappe gebaut und eine allfällige Erweiterung bereits jetzt in die Planung mit einbezogen wird. Wir bedauern aber, dass der Gemeinderat die Anliegen und Inputs der Planungskommission ungenügend berücksichtigt, das haben wir letzten Montag gehört. Insbesondere der Perimeter für die Planungsgrundlage des neuen Schulhauses wurde für die EVP nicht ausreichend überlegt. Wir fordern, dass der weisse Platz ebenfalls in den Perimeter aufgenommen wird, ich werde nachher noch die Frage stellen, wer das einstimmig abgelehnt hat. In der Vorlage wurde zu wenig klar aufgezeigt, welche finanziellen Auswirkungen der Schulhausneubau in zwei Etappen auf unseren Aufgaben- und Finanzplan hat. Wir haben vorher von Bernhard Wehrli die Informationen erhalten, in welchen Jahren diese beiden Etappen geplant sind und das Steuerfusserhöhungen notwendig sind. Wir hätten aber noch gerne in Zahlenwerten gesehen, wieviel Prozente, dass das ausmacht?

Christian Keller: Vielleicht kann das Bernhard Wehrli später beantworten.

Andreas Baumgartner: Auch wir haben diesen Antrag in der Fraktion sehr eingehend diskutiert. Wir haben uns sogar einen möglichen Synergieeffekt mit bestehenden Schulbauten, mit möglichen und unmöglichen Aufstockungen überlegt. Wir haben über Schülerzahlen, Schülerprognosen auch über die Forderungen des neuen Aargauer Lehrplans gesprochen. Am Schluss war es für uns alle klar, dass wir zusätzlichen Schulraum benötigen und das, aus folgenden vier Hauptgründen:

Es wurde vorher bereits erwähnt, die Überbelegung in den bestehenden Schulhäusern OSOS und Unterboden, mit fünf Abteilungen. Nach dem realistischen Szenarium, nach den Prognosen der zusätzlichen drei Abteilungen auf das Jahr 2023/24. Die Einführung des neuen Aargauer Lehrplans, der Forderungen an zusätzliche Gruppen- und Arbeitsräume. Wir haben auch das Gefühl, dass dieses Schulhaus kein Luxusbau ist, sondern es wird nur das gebaut was nötig ist, dies mit der Option für eine Erweiterung. Ein weiterer wichtiger Punkt, der heute Abend noch nicht gesagt wurde, ist für uns, dass der zusätzliche Schulraum keines Falls vergeben gebaut wird. An zwei Dingen lässt sich nicht rütteln, das eine ist die jetzige Überbelegung im Unterboden und im OSOS, das ist ein Fakt, den wir so hinnehmen müssen. Und das zweite, der Lehrplan 21, bzw. der neue Aargauer Lehrplan, der wir auf jeden Fall auch eingeführt. Falls sich die Schülerprognosen mit dem realistischen Szenarium, plus drei Abteilungen nicht erfüllen würde, das heisst, dass wenn keine zusätzlichen Abteilungen benötigt werden, dann würde noch immer die Möglichkeit bestehen, dass man das Schulhaus Goldiland nutzen könnte. Auf dem OSOS Parkplatz stehen zwei Kindergartenprovisorien, die man als Möglichkeit auch dort integrieren könnte. Ebenso das Primarschulhaus in Kirchdorf, auch dort werden längerfristig sehr viele Investitionen nötig, wenn man den Schulbetrieb in Kirchdorf aufrecht erhalten möchte. Es wäre somit auch möglich, diese drei Abteilungen, für den Fall, dass sonst keine neuen Abteilungen aufgehen würden, zu integrieren.

Wir haben uns auch gefragt, was es bedeuten würde, wenn das Schulhaus Goldiland nicht gebaut werden könnte. Viele Dinge wurden bereits gesagt, man müsste entweder Provisorien errichten, oder die Option, dass Schülerinnen und Schüler von Obersiggenthal in den umliegenden Gemeinden zur Schule gehen würden. So ist man immer von diesen Gemeinden

abhängig, dass der Platz vorhanden ist und dass die auch gewillt sind, diese Schüler aufzunehmen. Zudem bezweifle ich auch, dass unter diesen Voraussetzungen neue gute Steuerzahler angezogen werden. Es wurde auch erwähnt, und das sehe ich auch aus Sicht als Lehrperson, wenn ich den Newsletter der Schulleitung erhalte, dass immer noch Stellen offen sind, auch jetzt auf den Schuljahresbeginn hin, dass es wirklich schwierig ist, diese Stelle alle zu besetzen. Wenn Personen kommen, sich hier in den Schulhäusern umsehen, dann sehen sie, wie beengend die Platzverhältnisse wirklich sind, und dass es in anderen Gemeinden, in der nächsten Umgebung bessere Möglichkeiten gibt. So ist die Wahrscheinlichkeit durchaus gross, dass junge motivierte Leute, dann halt lieber dort zusagen.

Insgesamt, wenn das nicht gebaut werden würde, wäre dies ein Attraktivitätsverlust für unsere Schule und darunter würden vor allem auch die Schülerinnen und Schüler leiden, das wollen wir nicht. Deshalb unterstützen wir einstimmig den Antrag für diese Vorlage und damit auch für das zukünftige Schulhaus Goldiland.

Micha Jetzer: Es hat mir mein Votum etwas zerrissen, deshalb muss ich es etwas zusammensetzen, ihr müsst etwas Nachsicht haben. Wir haben das Thema bei uns in der SVP-Fraktion dahingehend rege diskutiert, auch mit den Inputs, die wir von der Veranstaltung mitnehmen durften. Eine Wortmeldung von Christoph Alder war uns noch im Hinterkopf. Uns ist bewusst, dass wir den Schulraum brauchen, aber die Frage stellt sich ob wir so viel brauchen. Ich habe mich etwas umgesehen, es gibt rundherum kein Projekt in dieser Grössenordnung, wie Oberiggenthal wieder stellen will, ich finde das noch speziell. Es ist uns, wie bereits gesagt, bewusst, dass wir Schulraum brauchen, aber ich möchte einmal einen Anstoss geben, bitte prüft das, dass wir wirklich nicht wieder eine Luxusvariante in den Vordergrund stellen, sondern, dass wir wirklich schauen was wir jetzt brauchen, was braucht man pragmatisch und das einfach auf das Minimum begrenzen.

Wir erwarten eine detaillierte Prognose, sowohl auf das Thema Schulhaus, wie auch was das für den Steuerzahler für Auswirkungen hat. Ich darf daran erinnern, dass wir beim Bau Goldiland dementiert haben, dass es dadurch eine Steuererhöhung geben werde. Aufgrund der Zusammenstellung der Jury werden wir zwei Anträge bringen. Wir werden einen Antrag einreichen, dass für das Projekt Schulhaus Goldiland mindestens zwei Vorschläge in Modulbauweise vorhanden sein müssen. Wenn man sich etwas umschaute, in Zürich, Bern auch in den umliegenden Gemeinden, zum Beispiel Gebenstorf, wurden dort Modulbauten gebaut oder sind in der Projektierungsphase. Bei unserer finanziell angespannten Situation ist das etwas, was wir berücksichtigen müssen. Mit dem zweiten Antrag wollen wir, dass die Jury mindestens einen Modulbaufachmann enthält, so dass diese Bauweise objektiv und sachlich vertreten ist.

Wir müssen einfach eines sehen, die ganze Modulbauweise hält auch lange. Es muss einfach gegenübergestellt werden, was wir sparen und das was wir vielleicht nicht an Langlebigkeit von so einem Bau haben. So, dass wir wirklich eine saubere Auswertung haben.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte eine Begrifflichkeit klären, wir reden hier nicht von Modul-, sondern von Elementbau, aber ich glaube wir meinen alle das Gleiche. Das sind vorgefertigte Elemente, die man zusammenfügen kann, damit es etwas Ganzes daraus gibt. Man kann auf seine eigenen Wünsche hin, das Holzhaus schneidern lassen, und darunter versteht man im allgemeinen Baugebrauch Modulbau.

Ich möchte zu Daniela Graubner noch etwas sagen, Linus Egger hat die Planungskommission zu einer Begehung eingeladen, dort ist die Diskussion aufgekommen, dass man den Sandplatz mitberücksichtigen könnte. Es kam aber in diesem Zusammenhang auch die Diskussion auf, dass man den Fussballplatz wieder auf diese Seite legen könnte. Es war nicht so eindeutig, aber auf jeden Fall hat das die Arbeitsgruppe Schulraumplanung, die aus Vertretern der Schule, Leiter Bau und Planung, Herrn Christoph Kratzer und Linus Egger besteht, geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass es nicht geht. Schlussendlich gab es einen Antrag an den Gemeinderat und dieser hat den Antrag bewilligt. Ich möchte nochmals erwähnen, dass gemeinderätliche Kommissionen, wie die Planungskommission oder die Verkehrskommission den

Gemeinderat beraten. Der Gemeinderat ist aber nicht daran gebunden, die Empfehlungen der Kommissionen umzusetzen. Wenn der Gemeinderat das Gefühl hat, dass ein anderer Weg richtiger sei, dann ist es ihm erlaubt, einen anderen Weg einzuschlagen. Dafür bitte ich um Verständnis und möchte keine wütenden Reaktionen, wie wir sie das letzte Mal erlebt haben. Es ist nicht notwendig, denn es sollte sachlich betrachtet werden.

Ich habe das letzte Mal bereits erwähnt, dass der Gemeinderat der Meinung ist, auch nach Abklärung mit dem Fussballclub, dass der schöne Sandplatz eigentlich untergenutzt wird. Der Platz wird mehr oder weniger in der Übergangszeit vom Fussballclub benutzt. Der Platz sollte mit einem neuen Belag versehen werden, so dass ihn auch andere Sportarten nutzen können. Zu diesem Zweck würde voraussichtlich die Sportkommission damit beauftragt, mit den Vereinen Abklärungen zu treffen, was zusammen gemacht werden könnte.

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Im Moment ist für die nächsten sieben Jahre eine reine Steuerfusserhöhung von 5 % geplant, dies mit der Inkaufnahme des Anstiegs der Verschuldung. Deine Frage zielt speziell auf die Projektkosten hin, dies wurde bereits mit den Kapital-, Betriebs- und Folgekosten an der Informationsveranstaltung gesagt, wir rechnen, Stand heute, wenn der Steuerertrag weiterhin so stabil bleibt, mit drei bis vier Steuerprozenten.

Daniela Graubner: Meine Frage ist eigentlich, was für ein Steuerfuss notwendig ist, um das Ganze so durchzubringen. Nur 5 % über die fünf Jahre wird nie reichen. Also per 2020 plus 5 %.

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Momentan ist eine Steuerfusserhöhung um 5 % eingeplant, es geht immer um das Gesamte. Wir wissen, dass es immer schwer ist das direkt mit einem Projekt zu verbinden. Wir wissen, dass es etwas kostet, wenn wir investieren. Wenn wir dazu ja sagen, müssen wir auch einen höheren Steuerfuss in Kauf nehmen. Ich kann aber nicht garantieren, wie sich die Steuererklärungen oder unsere Kosten entwickeln werden, hierbei handelt es sich wirklich um eine Momentaufnahme. Wie bereits gesagt, die 1. Etappe dieses Projekts kostet, wenn man es ausrechnet drei bis vier Steuerprozent.

Daniela Graubner: Das Hallen- und Gartenbad spielt doch auch hinein, das haben wir bereits gesehen.

Micha Jetzer: Ich möchte nochmals darauf zurückkommen. Ich verstehe deine Frage, aber ich glaube, dass sie hier noch nicht ganz verstanden wird. Wenn ich mir die vergangenen vier Jahre anschau, kann ich mir nicht vorstellen, dass mit dem Hallen- und Gartenbad und mit dem neuen Schulhaus die 5 % bis ins Jahr 2025 reichen. Wenn das wirklich vors Volk kommt, muss das Volk wissen, was das für uns heisst, bis der Bau abgeschlossen ist. Ich persönlich glaube nicht, dass das reicht, niemals.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wie ihr gesehen habt, hat Bernhard Wehrli im aktualisierten Aufgaben- und Finanzplan beide Projekte mitberücksichtigt. Die Verschuldung wird sich mit diesen 5 % bis ins Jahr 2023 erhöhen, dann wird sie in etwa bleiben und voraussichtlich im Jahr 2026 kann man damit rechnen, dass die Verschuldung wieder sinken wird. Aber das sind nur Annahmen. Eine 2. Etappe kommt erst fünf bis sechs Jahre später, und kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht angeschaut werden. Wettingen hat eine Verschuldung von CHF 6'000 und mehr pro Nase und bei uns wird die Verschuldung ungefähr CHF 4'000 ausmachen. Das muss längerfristig betrachtet werden, denn die Verschuldung würde mit weniger hohen Investitionen wieder sinken. Wir können unmöglich zum Steuerzahlen hingehen und ihm sagen, dass es bei CHF 2'500 pro Nase bleiben wird, wir aber dafür 15 Steuerprozent mehr haben müssen.

Lukas Füglistler: Ich bin sehr erstaunt. Wir planen ein Schulhaus mehr, die Schulhäuser Bachmatt und Kirchdorf werden in diesem Bericht nicht angefasst. Ich gebe euch Recht, wir machen Investitionen, aber der Unterhalt dieser Gebäude, aktuell sind wir bei ungefähr CHF 110 Millionen, die unsere Gemeinde an Hochbau stemmt. Die Investitionen bzw. der Unterhalt in Strassen, haben wir in den vergangenen Jahren vermehrt gehört, dass wir dort beim Minimum

sind. Es wurde bereits davon gesprochen, dass man gewisse Perimeter oder gewisse Abschnitte wieder herausgeschoben hat. Ich lade den Gemeinderat ein, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken, die 5 % werden mit den Investitionen, die noch kommen, nie reichen. Es reichen keine 5 %, es reichen keine 7 %, ich bin davon überzeugt, wir reden von 10 bis 15 %. Ich lade den Gemeinderat dazu ein, mit offenen Karten zu spielen. Wenn wir die Investitionen stemmen wollen, reichen die 5 % nicht, davon bin ich überzeugt.

Dieter Martin, Gemeindeamman: Deshalb haben wir auch beim Schwimmbad diese Anträge, die müssen wir haben, damit wir in der Lage sind, konkrete Zahlen in den Aufgaben- und Finanzplan zu stellen, und den Zeitraum genau darlegen können. Wenn das Hallenbaddach saniert werden muss, das wissen wir noch nicht, das kann nächstes Jahr, übernächstes Jahr oder erst in drei Jahren sein. Es ist tatsächlich so, wenn wir eine Steuerfusserhöhung beantragen, dann müssen wir dem Souverän transparent darlegen, was das Schwimmbad kostet und dass wir ein Schulhaus haben, das so viel kostet. Die Chance, dass wir das Schulhaus nicht bauen können, ist relativ gering, dazu sind wir nämlich gesetzlich verpflichtet. Aber dann sind wir vermutlich am Scheideweg, an dem der Souverän, ich glaube das ist auch richtig, dass das nicht der Einwohnerrat entscheidet, entscheidet, ob man jetzt auf das Hallenbad verzichten will, und selbst das ist nicht so einfach. Wenn man das Hallenbad nicht mehr möchte, auch das kostet etwas. Der Abbau kostet etwas, und vermutlich muss dann noch eine zusätzliche Turnhalle gebaut werden, es ist kein Nullsummenspiel.

Lukas Füglistler: Da gebe ich dir Recht Dieter, aber im angepassten Aufgaben- und Finanzplan habe ich zum Beispiel nicht gesehen, was bei der Erweiterung des Gemeindehauses geplant ist. Auf der einen Seite will man wachsen, unsere Bevölkerung ist die letzten paar Jahre ein wenig zurückgegangen, aber aus irgendeinem Grund wurde ja eine Erweiterung des Gemeindehauses angedacht. Was passiert mit der Dorfbibliothek, mit dem Schulhaus Bachmatt? Das sind alles Dinge, die meiner Meinung nach zwingend angeschaut werden sollten. Sind wir noch in der Lage, die Hochbauten, das Volumen zu stemmen oder gibt es allenfalls die Möglichkeit, das eine oder andere zu entschlanen, zu vereinfachen oder zusammenzufassen. Braucht es eine Erweiterung des Gemeindehauses, könnte nicht die Dorfbibliothek zur Ludothek ins Bachmatt verlegt werden? Dafür könnte die Gemeindeverwaltung in die Dorfbibliothek erweitern. Das sind alles solche Dinge, die man visionär entwickeln und anschauen muss. So haben wir den Souverän auf unserer Seite, wenn wir unsere Aufgaben machen, auch wir als Einwohnerrat. Vordenken muss aber der Gemeinderat, auch reinen Wein einschenken muss der Gemeinderat und wir als Einwohnerrat müssen ja oder nein sagen.

Dieter Martin, Gemeindeamman: Es geht heute nicht darum, das zu entscheiden. Es ist eine Momentaufnahme, die wir euch dargelegt haben, damit ihr eine Idee habt, wie sich das entwickeln könnte. Abgestimmt wird erst dann, wenn das Vorprojekt, zum Beispiel für das Schwimmbad fertig ist, aber auch das Vorprojekt für das Schulhaus, dann haben wir konkrete Zahlen, aufgrund dieser wir sagen können, in welche Richtung es geht. An die Adresse von Urs Müller, die Studie kostet nicht CHF 540'000, auf Seite 11 sieht man die Kosten aufgeteilt für den Studienauftrag und das Vorprojekt. Ich finde es wichtig, deshalb haben wir es heute auch gebracht, dass man spürt, um was es überhaupt geht.

Erich Schmid: Ich möchte eigentlich nicht über den Finanzplan sprechen, den wir im nächsten September behandeln werden. Bernhard Wehrli hat drei Dinge aufgezeigt, das Schulhaus, das Schwimmbad und diverse kleinere Dinge und diese beinhalten neben den Strassen wahrscheinlich noch Gebäudeunterhalt, wahrscheinlich nicht aufgelistet. Es geht eigentlich um den Studienauftrag und nicht um die Finanzplanung.

Zu den ganzen Nebenräumen, die zu gross sind und das Raumkonzept, das überarbeitet werden soll, ich gehe davon aus, dass sich die Schulleitung noch äussern wird. Ich bin komplett gleicher Meinung wie Urs Müller, dass man sich nicht sklavisch an die kantonalen Empfehlungen halten muss. Man muss einfach sehen, dass der Kanton Empfehlungen abgibt, die er nicht zahlen muss, und das haben wir überall, in allen Bereichen. Wir hatten es auch schon

davon bei den Suva-Vorschriften usw., die Empfehlung abzugeben ist einfach, zahlen ist etwas anderes. Bezüglich dem Sandplatz ist mir klar, dass dieser Platz nicht angefasst werden sollte. Ich würde einfach gerne sehen, wo der ideale Standort ist, und zwar bewertet. Die SVP hat angebracht, dass es mit acht Schulzimmern zu viele Räume hat. Wir haben das auch diskutiert, und grundsätzlich, wenn diese Berechnungen falsch sind, sind dann sechs Räume oder sieben Räume richtig, wir reden von zwei Schulhäusern. Für mich stellt sich nicht die Frage ob acht Schulzimmer richtig sind, sondern ob sind die 16 richtig sind, die wir dann im Jahr 2030 haben wollen.

Wir haben zu Hause diskutiert, man soll in diesem Schulhaus zehn Räume machen, Urs Müller hat das auch vorgeschlagen, kleine Räume, dafür zehn Räume, damit das 2. Schulhaus verhindert werden kann. Wenn wir jetzt zu knapp gehen, und im Jahr 2028 sehen, dass noch einmal gebaut werden muss, dann werden nicht nur zwei zusätzliche Räume gebaut, sondern vier oder sechs Räume. Ich denke, dass die acht Räume eine sinnvolle und von der Arbeitsgruppe bewiesene Grösse ist. Zu den Anträgen der SVP möchte ich sagen, dass es sich bei einem Studienauftrag, das müsste wahrscheinlich Sandro Fischer noch erklären, um eine öffentliche Submission handelt und die Gemeinde nichts dazu sagen kann, wer offerieren soll und wer sich präqualifizieren lässt. Da muss irgendetwas weibel und den Elementbaufirmen sagen, dass sie zusammen mit einem Architekten offerieren sollen. Es kann jeder, der will offerieren. Man kann nicht vorschreiben, dass wir zwei brauchen, wenn nur einer oder keiner offeriert, dann hat der Gemeinderat die Arbeit nicht erfüllt, nein die Lieferanten haben die Arbeit nicht erfüllt oder hatten kein Interesse daran. Ich finde es einen sehr heiklen Vorschlag, ich weiss nicht, ob es öffentlich ist, ob jeder offerieren kann, wenn es um ein Einladungsverfahren geht, dann ist es etwas anders. Ich finde die Grundidee lobenswert, wenn die Jury mindestens einen Modulbaufachmann enthalten sollte. Es ist einfach so, dass es von den Elementbauern oder Modulfachbauleute nicht 100 Firmen gibt, von denen zehn offerieren und von den anderen 90 kann ausgewählt werden, wer man in der Jury haben will. Es gibt einfach nur eine eingeschränkte Wahl von Fachleuten auf dem Markt, denn der Markt ist nicht so gross.

André Kummer: Lukas hat eigentlich schon viel gesagt, ich wollte nur noch einmal sagen, dass der Steuerzahler wirklich das Anrecht hat, zu Wissen, wie es in Zukunft aussehen wird. Ich finde es einfach unfair, wenn man dem Steuerzahler gegenüber Salami taktik macht, indem man jetzt um 5 % erhöht und dann in 2 - 3 Jahren nochmals. Man sollte der Bevölkerung klar mitteilen, was in den nächsten 10 oder 15 Jahren auf sie zukommen wird. Das finde ich einen ganz wichtigen Punkt.

Erich Schmid: Wir haben hier drin darüber reklamiert, dass der Gemeinderat immer alles in den Aufgaben- und Finanzplan nimmt. Ein riesiger Tisch mit Projekten und alles in den nächsten vier Jahren, wir haben immer reklamiert und gesagt, dass endlich Prioritäten gesetzt werden sollen. Jetzt hat er Prioritäten gesetzt, und hat gewisse Dinge nach hinten geschoben, und jetzt wird gesagt, dass Salami taktik gemacht wird. Ich kann das nicht nachvollziehen, was ihr hier erzählt, ich denke auch, dass der Bevölkerung auf jeden Fall alles auf den Tisch gelegt werden muss. Man kann nicht verlangen, dass Prioritäten gesetzt werden sollen, und wenn die Prioritäten gesetzt werden, dann ist es auch nicht recht. Ihr müsst euch entscheiden, was ihr wollt, es geht nicht beides, das ist einfach mathematisch nicht möglich. Vielleicht bringt es Carol mathematisch hin, ich aber nicht.

Urs Müller: Ich habe noch eine Frage zu den Untersiggenthaler Schülerzahlen. Als ich in der Schulleitung war, habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Untersiggenthaler zu uns in die Bezirksschule kommen können. Es gab eine Abmachung, es wurde jedes Jahr geschaut, wieviel Schüler nach Turgi gehen und wie viele zu uns kommen. Sind diese Schüler von Untersiggenthal in Zukunft Manövriermasse, je nachdem ob wir Platz haben oder wie werden die eingepflanzt? Wollen wir künftig eine feste Zahl von Untersiggenthal, letztes Jahr konnten wir zum Beispiel nicht alle Schülerinnen und Schüler nehmen, die zu uns kommen wollten. Dadurch haben CHF 100'000 in der Rechnung gefehlt. Das sind Dinge, die man meiner Meinung nach

auch festlegen sollte, bevor man eine Planung macht. Wie arbeiten wir bei der Bezirksschule, vielleicht aber auch bei der Real- und der Sekundarschule mit Untersiggenthal zusammen?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Turgi, der Bezirksschulstandort ist, wohin ein Teil der Untersiggenthaler Schüler geht, ist im Fusionsfieber, wie sich das auswirken wird, wissen wir im Moment noch nicht. Aber das ist sicher etwas, was man berücksichtigen müsste. Vielleicht hat Bruno Glettig dazu eine bessere Ausführung.

Bruno Glettig, Gesamtschulleiter: Urs Müller, du hast Recht, diese Schüler sind ein Stück weit Manövriermasse, das ist aber heute bereits so. Die Realität bezüglich der Bez-Schüler von Untersiggenthal ist so, dass sich alle umliegenden Gemeinden, nicht nur Turgi und Obersiggenthal, die ihr Bez-Schüler an diese beiden Standorte schickt, miteinander absprechen. Aufgrund der Schülerzahlen schaut man an welche Schule diese Schüler gehen können. Meistens ist es so, dass der Grossteil der Untersiggenthaler nach Turgi geht und ein Teil kommt zu uns, zumindest war es in den letzten Jahren so. Warum war das so, weil wir keinen Platz mehr haben, wir hätten in den letzten Jahren in der Bezirksschule mehrmals drei Abteilungen pro Jahrgang führen können, wenn wir den Platz dazu gehabt hätten. Wir hätten dann auch mehr Schulgeld, das ist klar, aber wir können das nicht machen, weil wir keinen Platz dazu haben. Deshalb kamen in den letzten Jahren auch nicht mehr so viele Untersiggenthaler Schüler zu uns, so einfach ist es.

Carol Demarmels: Eigentlich möchte ich etwas zur Tagesschule sagen, aber ich möchte zuerst auch noch etwas zu Urs sagen. Ich bin der Meinung, dass wir mit anderen Schulen vergleichbar bleiben müssen, wir können nicht einfach kleinere Räume bauen, als andere Schulen haben. Der Kanton scheint euch erhört zu haben, er hat nämlich gerade die Zahlen geändert, die neuen kantonalen Empfehlungen möchten Unterrichtsräume von 75 m², wir liegen also darunter. Die Gruppenräume können auch für Halbklassenunterricht genutzt werden, dementsprechend müssen sie natürlich eine gewisse Grösse haben. Vorher wurde gesagt, dass es keine vergleichbaren Projekte in der Umgebung gibt, ich habe das nachgeschaut, die Burghalde kostet CHF 105 Millionen, also das zehnfache.

Ich möchte noch etwas zur Tagesschule sagen, diese war in der 1. Etappe des Schulhausbaus angedacht, jetzt ist sie noch als Option für die 2. Etappe geplant. Ich war vor zwei Monaten im Historischen Museum in Baden, dort wurde ein Teil der politischen Geschichte der Stadt Baden aufgearbeitet, dort hingen Voten an Säulen, u.a. Voten von Einzelpersonen und Einwohnerräten darüber ob es eine Tagesschule braucht oder nicht. Zur Belustigung, als historische Dokumente, war wir dort diskutiert haben. Die AZ hat erst kürzlich über das Erfolgsmodell der Badener Tageschule berichtet, die hat immer Wartelisten. Bevor ich nach Obersiggenthal gezogen bin, war ich im Badener Einwohnerrat und in der Finanzkommission, auch dort war die Schulraumplanung ein Thema. Baden ist aktuell an der Planung für Ausweitung der Tageschule und hat dazumal auch jede Schule und jedes Schulhaus so geplant, dass alle zur Tageschule ausgebaut werden könnten. Andere umliegende Gemeinden, zum Beispiel Wettlingen projektieren jetzt die Tagesschule, in Zürich hat das Volk mit grosser Mehrheit entschieden, dass jede Schule als Tagesschule fungieren soll. Wir bauen ein Schulhaus, das nicht als Tagesschule fungieren kann! Schulhäuser werden für die Zukunft gebaut, wir bauen sie nicht für die Gegenwart, wir bauen sie schon gar nicht für die Vergangenheit, sondern für die Zukunft und dementsprechend auch für zukünftige Bedürfnisse. Da nützt die Bescheidenheit bei Investitionen wenig, weil man genau dort eingespart wird, wo die guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahlen kommen würden. Es ist noch nicht lange her, da haben in der Schweiz 50 % der Familien das traditionelle Familienmodell gelebt, d.h. der Mann ging 100 % arbeiten und die Frau war zu Hause, und ging vielleicht ein oder zwei Stunden pro Woche arbeiten, in der Zeit, in der die Kinder in der Schule waren.

Jetzt arbeiten 80 % der Mütter von schulpflichtigen Kindern und etwa 25 % davon mit einem Pensum über 50 %. Die Tendenz ist steigend, und immer mehr Eltern wollen Familie und Arbeit vereinbaren. Das Bedürfnis an familienergänzender Betreuung wird dem entsprechend wach-

sen, Obersiggenthal wird nicht mithalten können. Und genau das macht es für gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unattraktiv. An dieser Stelle möchte ich mein Bedauern und mein Unverständnis darüber aussprechen, dass die Idee der Tagesschule, aus meiner Sicht willkürlich über den Haufen geworfen wurde. Man liess die Arbeitsgruppe, die ins Leben gerufen wurde, ihren Job nicht beenden, man warf den Zeitplan über den Haufen und einfach gesagt, dass sie jetzt fertig sein müssen. Wir nehmen den Entscheid momentan zähneknirschend zur Kenntnis und machen keinen Antrag zur Wiederaufnahme in die 1. Etappe, ich möchte aber bereits jetzt an den Gemeinderat appellieren, die Tagesschule in der 2. Etappe zu berücksichtigen. Sollten überraschend, wie hier einige als Bedenken geäussert haben, doch noch freie Schulräume im neuen Schulhausbau sein, könnten wir diese doch noch für die Tagesschule nutzen. Ich werde in der Umfrage nochmals darauf zurückkommen, ich bin nämlich darüber gespannt, was der Plan des Gemeinderates ist. Das Goldiland ist in diversen Modulen voll, hat keine Kapazität mehr, das Goldiland wurde somit in weniger als 10 Jahren gefüllt. Was ist der Plan, unabhängig vom Schulhausbau das Kinderbetreuungsgesetz längerfristig zu gewährleisten?

Marcel Müller: Linus hat die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden bereits früher einmal angesprochen, in diesem Fall mit Untersiggenthal. Darüber haben wir nicht mehr so viel gehört, aber ich denke, wenn man ein neues Schulhaus baut, müsste man über Investitionsbeteiligungen von Untersiggenthal sprechen. Ich rede jetzt nicht nur von Schulgeldern, denn diese sind eine Abgeltung nach dem Minimumprinzip. Wenn man sich Untersiggenthal anschaut ist es immer das Minimumprinzip, man kommt bei uns ins Schwimmbad, in die Dreifachturnhalle und ins Schulhaus, wir haben die Investitionskosten und sie beteiligen sich so. Da würde ich schon gerne wissen, wie die Zusammenarbeit mit Untersiggenthal aussieht.

Carol, es gibt auch noch das Thema Selbstverantwortung, muss der Staat alles zur Verfügung stellen. Muss der Staat für jedes Kind, an jedem Ort immer alles zur Verfügung stellen? Ich habe eine ganz andere Meinung, es braucht eine Grundausstattung, wir haben jetzt das Goldiland gebaut und wir werden noch Weiteres bauen. Der Staat muss nicht alles zur Verfügung stellen, es gibt noch immer Leute, die mit den Grosseltern oder Tagesmüttern schauen, es gibt verschiedene Modelle. Ihr habt immer den Anspruch, dass der Staat immer alles zur Verfügung stellen muss. Das ist Jammern Carol, auf ganz hohem Niveau. Irgendjemand muss das alles auch finanzieren, da gibt es Leute, die keine Kinder haben, dann gibt es Leute, die die Kinder selbst betreuen. Sollen diese Frauen oder diese Familien, bei der die Eltern die Betreuung unter sich selbst organisieren, vom Staat künftig Geld erhalten? Bis heute bekommen sie keinen Franken, sollen sie CHF 20'000 bis CHF 30'000 erhalten, wenn sie die Kinder bei sich zu Hause betreuen?

Christian Keller: Über die beiden Anträge der SVP haben wir eigentlich noch nicht wirklich gesprochen.

Carol Demarmels: Ich lese noch schnell aus dem Kinderbetreuungsgesetz vor. „Die Gemeinden sind verpflichtet, den Zugang zu einem bedarfsgerechten Angebot an familienergänzender Betreuung von Kindern bis zum Abschluss der Primarschule sicherzustellen“. Also meine Antwort lautet ja.

Jacqueline Magni: Ich möchte trotzdem noch etwas zur Tagesschule sagen, und ich möchte diesen Antrag unterstützen. Ich arbeite in einem Sonderschulheim, die Kinder und Jugendlichen, die dort sind, können meistens nichts dafür, dass sie dort sind. Ein Teil dieser Kinder und Jugendlichen könnten nach Haus zu ihren Eltern, wenn Plätze in Tageschulen zur Verfügung stehen würden. Häufig scheitert es wirklich daran, dass diese Kinder nicht nach Hause können, weil es keinen Platz in diesen Sonderschulen hat. Auch die Übernachtung und die Betreuung am Wochenende in diesen Sonderschulheimen kostet viel Geld und deshalb unterstützte ich Carol.

Micha Jetzer: Ich verstehe grundsätzlich die Bedenken von Erich zu diesen Anträgen. Grundsätzlich möchte ich aber auch sagen, dass die Ausführungen der letzten Jahre in Bezug auf

die Finanzkommission oder auch sonst nicht ausreichend waren. Uns muss unsere mehr als angespannte Situation in Bezug auf Investitionen und Finanzen bewusst sein. Wir wollen mit diesen Anträgen nur eines unterstreichen, und zwar dass alle Möglichkeiten geprüft werden, wir können uns kein zweites Goldiland leisten. Ich möchte gerne wissen, ob diese Anträge so eingebracht werden können.

Christian Keller: Ich bin nicht vom Fach, da müsste man jemanden fragen, der sich mit den Ausschreibungen auskennt. Ich fühle mich hier nicht kompetent.

Sandro Fischer, Leiter Abteilung Bau und Planung, Leiter Hochbau: Die Frage, die hier im Raum steht, ist eine interessante und es ist wichtig, dass man sie im Vorfeld klärt. Im Submissionsrecht kann man sich einen formellen Fehler nicht leisten, sonst haben wir Verzögerungen und dann geht das Schulhaus im Jahr 2022/2023 nicht auf. Was jetzt geplant ist, ist ein klassischer Studienauftrag, nach klassischer, individueller Architektur. Kein Modulbau und auch bis jetzt kein Elementbau. Ich weise kurz darauf hin, was von der Begrifflichkeit her ist. Ich glaube es sind nicht ganz alle auf der gleichen Linie. Angedacht ist ein klassischer, individueller Hochbau, es können sich Architekturbüros, die Interesse haben, bewerben und es werden verschiedene Teams ausgewählt, die können dann ihre Studie einreichen. Was nicht angedacht ist, ist Modulbau, d.h. Modulbau eignet sich dort, wo es sich um standardisierte, streng typenähnliche Raumprogramme handelt. Sie haben zum Beispiel zu wenige Klassenzimmer, aber nicht unbedingt zu wenig Nebenräume, sie wollen drei oder vier Klassenzimmer bauen, hier haben wir einen typischen Klassiker. Innerhalb von zwei Wochen stehen solche Häuser, darin ist alles enthalten, es ist bis zum letzten Wasserhahn alles vorgedacht, die ganze Infrastruktur und das müssen sie vorher alles wissen. Also durchgedacht bis zur letzten Steckdose, das was wir mit dem Studienauftrag wollen, geht nicht so in die Tiefe. Es macht keinen Sinn, einen Modulbauer in eine solche Wettbewerbskommission oder Jury hineinzunehmen, der kann das gar nicht, der arbeitet in einem ganz anderen Segment. Wenn sie Modulbau wollen, müssen Sie die ganze planerische Vorarbeit vorher leisten, Sie müssen bis zur letzten Steckdose vordenken und ganz genau beschreiben und sonst bekommen Sie irgendetwas, dann ist das Chaos programmiert.

Was aber im Studienauftrag möglich ist, ist Elementbau, d.h. das ist individueller Architekturbau. Bei dem kann der Architekt aber durchaus verpflichtet werden, aufzuzeigen, ob man im Bereich des individuell gestalteten Schulhauses mit gewissen Elementen Kosten sparen kann. Beispielsweise standardisierte Nasszellen oder Treppenhäuser oder es gibt vielleicht noch mehr, ich weiss auch nicht alles aus dem hohlen Bauch heraus. Das sind Elemente, die in einem Schulhaus immer wieder vorkommen, die extern industriell vorgefertigt und in den individuellen Bau integriert werden können. Hier ist Potenzial vorhanden, und das widerspricht auch nicht dem Submissionsrecht.

Theo Flückiger: Ich möchte noch etwas ergänzen, denn ich glaube, das ist der Punkt, bei dem es auseinander geht. Modulbauweise sind ganze, vorgefertigte Raumzellen, Elementbau sind einzelne Wände und Decken usw. Ich glaube, ihr wollt die Standardisierung von Räumen, durch das Geld gespart werden kann. Modulbauweise oder Holzelementbauweise sind nicht zwingend günstiger, aber man hat den Vorteil einer kurzen Bauzeit.

Christian Keller: Micha kannst du mir bitte sagen, ob ihr die Modul- oder die Elementbauweise wollt.

Micha Jetzer: So wie ich jetzt mitbekommen habe, ist ein Systembaulieferant, also der, der das Zeug vorfertigt und anscheinend wissen muss, wo welche Steckdose und welcher Wasserhahn hinkommen. Entschuldigung, aber um eine Offerte erstellen zu können, muss das der Hochbau auch wissen, denn er muss auch wissen wieviel Steckdosen und wie viele Wasserhähnen geplant sind. Da verstehe ich eure Ausführungen nicht ganz und kann sie nicht nachvollziehen. Wir reden von einem Schulhaus, das an vielen Orten gebaut wird, bei dem kanto-

nale Vorgaben vorhanden sind. Ich verstehe nicht, weshalb nicht einen Systembaulieferanten, der wahrscheinlich relativ günstig ist. Noch einmal, ich glaube nicht, dass wir uns das leisten können, ich glaube, dass wir diese drei Varianten prüfen müssen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Sandro Fischer hat deutlich gemacht, dass Elementbau das Richtige ist, und wenn du sagst, ein Systemexperte, dann könnte das allenfalls jemand sein, der mit Elementbau Erfahrung hat.

Micha Jetzer: Er hat drei Varianten aufgezeigt, einerseits die Massivbauweise, die anscheinend vorgesehen ist, das heisst, das wird eine sehr teure Angelegenheit. Dann gibt es die Elementbauweise, bei der zum Beispiel eine Nasszelle standardisiert ist und es gibt den Systembaulieferant, der das Zeug vorfertigt und das Kartenhäuschen direkt zusammenbaut. Das habe ich jetzt so verstanden.

Sandro Fischer, Leiter Abteilung Bau und Planung, Leiter Hochbau: Vielleicht habe ich mich zu wenig gut ausgedrückt. Eigentlich wollte ich sagen, dass wenn wir einen Studienauftrag auslösen, dann geht Modulbau nicht. Es geht nicht, dass wir einem Totalunternehmer, der ein fertiges Gebäude plant, herstellt, liefert und aufstellt einplanen. Die Voraussetzungen für diesen Studienauftrages sind anders, man baut das jetzt langsam auf und nähert sich langsam einem massgeschneiderten und optimierten Bau. Vom Studienauftrag zum Vorprojekt, vom Vorprojekt zum Bauprojekt und dann zum Ausführungsprojekt. Sie haben jedes Mal die Möglichkeit zum Optimieren und Geld einzusparen. Wenn Sie jetzt einen Generalunternehmer an den Tisch holen, der ein fertiges Schulhaus liefert, ich sage nicht, dass das nicht geht, aber das ist ganz ein anderer Weg. Dann müssen Sie vorher, und das ist zentral, die ganze Denkarbeit machen, und Sie haben keine Einflussmöglichkeit mehr, Sie erhalten das Schulhaus schlüsselfertig.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte zum Schluss das alles zusammenbringen.

Peter Marten: Ich stelle einen Ordnungsantrag, dass wir jetzt fünf Minuten Pause machen, denn die „Uselatscherei“, bei so wichtigen Themen, geht mir ehrlich gesagt ein wenig auf die Nerven. Offensichtlich gibt es biologische Probleme, die man lösen muss, deshalb wäre ich froh, wenn wir kurz fünf Minuten Pause machen könnten. Danke.

Christian Keller: Hat jemand etwas dagegen, dass wir eine Pause machen? Beim Antrag 1 der SVP gibt es eine Änderung, sie haben verlangt, dass mindestens 2 Vorschläge in Modulbauweise vorhanden sein müssen, sie haben das auf mindestens einen Vorschlag abgeändert. Wenn ich die Fachleute richtig verstanden habe, dann läuft das eigentlich darauf hinaus, dass wir jetzt darüber befinden müssen, ob wir mit der geplanten Vorgehensweise einverstanden sind. Ich glaube, wir haben jetzt ausführlich darüber gesprochen, und wenn es keine ganz dringenden Einwände gibt, dann würde ich jetzt gerne darüber abstimmen lassen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag 1 der SVP: Für das Projekt Schulhaus Goldiland muss mindestens 1 Vorschlag in Elementbauweise vorhanden sein.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung

Antrag 2 der SVP: Die Jury muss mindestens einen Elementbaufachmann enthalten, so dass diese Bauweise auch objektiv und sachlich vertreten ist.

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt den Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Vergabe eines Studienauftrags zum Schulhausneubau im Goldiland wird ein Kostendach von CHF 550'000 inkl. MwSt. bewilligt.

Dem Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

6 2019.15 Verpflichtungskredit von CHF 51'000 inkl. MwSt. für die Untersuchung der Hallenbaddecke

Eintreten wird nicht bestritten

Peter Stucki, Gemeinderat: Wir haben im letzten November 2018 ausführlich über das Hallen- und Gartenbad berichtet. In der Umfrage im März 2019 habe ich angesprochen, dass wir heute mit zwei Kreditanträgen zum Hallen- und Gartenbad kommen werden. Wir haben, wie Sie allen wissen, im Juli 2018 im Rahmen des 1. Vorprojekts und regelmässigen Prüfungen der Betonbauten festgestellt, dass die Hallenbaddecke nicht mehr tragfähig ist, bzw. innerhalb der nächsten zwei bis fünf Jahre saniert werden muss. Es wurde von den Experten empfohlen, dass während der diesjährigen Revisionspause des Hallenbads nochmals eine Prüfung durchzuführen, um festzustellen wie die Decke repariert werden kann. Wir haben den Termin für diesen Sommer gewählt, weil die Prüfung so folgendermassen ablaufen wird. Die Hallenbaddecke muss von unten her, von der Halle her angebohrt werden, d.h. das Wasser muss abgelassen, ein Gerüst aufgestellt und die Holzinneendecke abgebaut werden. Dann können die Bohrungen von unten her gemacht werden, die man braucht, um festzustellen wie gut die Betonkonstruktion noch hält. Diese Arbeiten sind sehr aufwendig, dauern gesamthaft etwa zwei Wochen. Damit wir das Hallenbad nicht während dieser Zeit schliessen müssen, hat man vorgesehen, dies während der normalen, alljährlichen, dreiwöchigen Schliessung und Gesamtjahresrevision durchzuführen. Die Details dazu sind eigentlich bekannt, der Antrag beschränkt sich wirklich nur auf die Durchführung der Arbeiten mit den gesamten Tests, damit wir anschliessend wissen, wie man es machen kann und innerhalb welcher Frist.

André Tinner: Die FDP hat an der Fraktionssitzung den Antrag eingehend behandelt. Wie der Gemeinderat im letzten November beauftragt wurde, die sicherheitsrelevanten Aspekte zu prüfen, die Hallenbaddecke gehört aus unserer Sicht eindeutig zu einem solchen Aspekt, so dass das Hallenbad weiterhin sicher betrieben werden kann. Etwas verwirlich ist im Antrag geschrieben, dass die Voruntersuchung ergeben hat, dass die Hallenbaddecke in den nächsten zwei bis fünf Jahren saniert werden muss. Auf der anderen Seite kann man lesen, dass das Hallen- und Gartenbad aus Risikogründen auf den vorgesehenen Revisionsbeginn im Sommer 2019 inkl. Wohnung geschlossen werden müsste. Da stellt sich schon die Frage, wie gross nun die Gefahr ist. Wie auch immer, die FDP sieht es auch als unbestritten, dass die eingehende Prüfung dieser Decke, in naher Zukunft gemacht werden muss und stimmt dieser Investition zu.

Petra Rutschmann: Wir haben dieses Geschäft natürlich auch besprochen, es ist so, dass es für uns klar eine sicherheitsrelevante Sache ist. Es ist wichtig, dass diese Decke nicht, wie analog Uster herunterkommt, deshalb stimmen wir diesem Antrag zu.

Daniela Graubner: Die EVP steht ohne Zweifel für die Untersuchung der Hallenbaddecke und spricht den Verpflichtungskredit über CHF 51'000. Eine Schliessung des gesamten Bades auf den vorgesehenen Revisionsbeginn im Sommer 2019 sowie die Räumung der Wohnung im Hallen- und Gartenbad kann sich Obersiggenthal, im Hinblick auf den Sommer nicht leisten.

Robert Wyss: Als Fraktion BDP / CVP, familienfreundlich unterstützen wir alles, was für das Schwimmbad ist, vor allem aber auch ein sicheres Schwimmbad. Uns stören etwas die Formulierungen, wir haben das auch eingangs wieder gehört, dass es eigentlich einsturzgefährdet ist. Wenn das wirklich so wäre, müsste man es schliessen. Wir haben Eltern, die verunsichert sind, die fragen, ob man überhaupt noch ins Schwimmbad gehen darf und das ist schade, denn dann haben wir auch von der Frequenz her weniger. Die Unsicherheit wirkt, das haben wir nun auch bei der Wohnung gesehen. Mir ist zwar nicht ganz klar, was die Wohnung damit zu tun hat, aber eine Verunsicherung löst Dinge aus, die wir eigentlich nicht wollen. Deshalb ist es uns wichtig, dass man den Nachweis erbringen kann und unterstützen einstimmig den Antrag.

Lukas Füglistler: Auch wir haben diesen Antrag besprochen und unterstützen ihn grossmehrheitlich. Die Berichte sind schlüssig, es muss sichergestellt werden, wie bereits Petra Rutschmann gesagt hat, wir wollen kein Uster erleben. Die Formulierung ist aus meiner Sicht etwas unglücklich, denn der Mieter der Wohnung zahlt Mietzins an die Gemeinde. Im Antrag steht: „«..... auf den vorgesehenen Revisionsbeginn im Sommer 2019, aus Risikogründen, geschlossen und die Wohnung im Hallen- und Gartenbad auf diesen Termin geräumt“. Wir haben jetzt Sommer, d.h. ich gehe davon aus, dass diese Wohnung bereits geräumt ist und der Mieter ist nicht mehr dort, er wurde weggeschickt oder herausgeschmissen, keine Ahnung. Nicht ganz glücklich, aber es geht um Sicherheit, dort darf man nichts offen lassen, es muss untersucht werden, dementsprechend unterstützen wir diesen Antrag.

Ralph Hunziker: Der Antrag ist eine logische Konsequenz auf die Rückweisung des Baukredits im November 2018. Der Antrag ist also nichts Neues, er ist sinnvoll und es ist eigentlich ein kleiner Betrag, wir wissen nachher präziser wie es unserer Hallenbaddecke geht, deshalb stimmen wir dem Verpflichtungskredit zu.

Christian Keller: Wir kommen zu den Einzelvoten, angesichts der fortgeschrittenen Zeit, bitte ich darum, dass ihr euch versucht kurz zu fassen.

Markus Renggli: Ich habe gelernt, dass wir die Situation wie in Uster nicht haben. Ich habe noch eine Frage an Peter Stucki, wenn die Bohrungen jetzt gemacht werden, wie lange dauert es, bis wir darüber informiert werden? Mir ist der Ablauf noch nicht ganz klar.

Peter Stucki, Gemeinderat: Die Zeit kann ich sagen, aber wie das genau funktioniert weiss ich nicht.

Erich Schmid: Wie lange wollt ihr es hören? Die Untersuchung ist sicher standardisiert und die LMP AG ist sicher ein gutes Büro, das angefragt wurde. Man nimmt normalerweise eine Kernbohrung vor, danach wird geprüft, es kann gemessen werden wie tief die Karatisierung, das ist das heikle am Beton ist. Der Stahl ist durch den pH-Wert geschützt, im Wasser haben wir pH 7 und der Stahl ist im Beton geschützt und sollte den pH-Wert 11.5 haben. Wenn das CO² eindringt, dann fällt der pH-Wert zusammen, und das kostet Eisen, das ist das Problem. Die Untersuchungen selber sind relativ schnell gemacht, die Frage ist, wieviel Kapazität beim Auswerten besteht. Wenn etwas Gas gegeben wird, dann kann man im Prinzip an der Sitzung im September 2019 eine Zwischenorientierung machen.

Peter Stucki, Gemeinderat: Wenn ich die Frage noch beantworten darf, weshalb wir Angst mit der Schliessung machen. Ich habe es vorher bewusst nicht gesagt, es soll nämlich keine Angst machen sein, aber der Einwohnerrat hat die Möglichkeit den Antrag abzulehnen, und die Konsequenz davon ist, dass kein Mensch, kein Ingenieur, kein Gemeinderat und keine Verwaltung mehr die Verantwortung für dieses Bad trägt und dann schliessen wir es tatsächlich jetzt. Den Wissenstand, den wir heute haben, ist, dass die Decke zwei bis fünf Jahre trägt und in dieser Zeit muss es gemacht werden. Wenn wir jetzt den Kredit für die Untersuchung nicht erhalten, um diese Prüfungen nochmals durchzuführen, dann können wir es nicht untersuchen und dann schliessen wir dieses Hallenbad. Wollt ihr diese Verantwortung tragen, auf unbestimmte Zeit den Betrieb zu gewährleisten? Die Konsequenz der Ablehnung ist, das soll aber auch keine Drohung sein, dass niemand mehr bereit ist, die Verantwortung für das Hallenbad zu tragen und wir es logischerweise schliessen müssen. Das ist ein Muss, dass wir das jetzt durchführen.

Das ist auch der Grund, weshalb wir zwei Anträge haben. Wir wollen den Einwohnerrat nicht zwingen, wenn der nächste Antrag zu Diskussionen, zu Wünschen oder zu einer Rückweisung führt. Dann wäre auch die Schliessung des Hallenbades die Konsequenz, wenn wir diesen Antrag nicht separat gestellt hätten. Wir wollten den Einwohnerrat davon bewahren, dass er für das Vorprojekt unter Zugzwang gesetzt wird.

Marco Erni: Ich muss auch noch etwas dazu sagen, denn ich fühle mich hier etwas einsam. Die Tragfähigkeit wäre bis zu zwei bis fünf Jahre gewährleistet gewesen. Irgendwo hat es für mich einen Denkfehler, dass man das Hallenbad bereits im Sommer 2019, so kurzfristig hätte schliessen müssen. Ich denke, dass es schon so ist, dass diese Formulierung etwas zu diesem leeren Platz im Einwohnerrat beigetragen hat.

Peter Stucki, Gemeinderat: Noch eine zweite Antwort, weshalb die Wohnung betroffen ist. Das haben wir eigentlich im November 2018 aufgezeigt, die Wohnung ist im Hallenbad integriert, und wenn die Decke herunterfällt, fällt sie auch auf die Wohnung. Das ist auch eine reine Sicherheitsmassnahme und die Wohnung kann nicht mehr bewohnt werden, wenn man das Hallenbad schliessen muss. Das ist auch der Grund weshalb wir das Gartenbad schliessen müssten, denn sämtliche Wasseraufbereitung, die ganzen technischen Anlagen sind alle im Gebäude des Hallenbades. Wenn die Decke kommt, dann fällt sie auf alles herunter, das ist das Problem unserer Konstruktion.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt den Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Untersuchung der Hallenbaddecke des Hallen- und Gartenbades Obersiggenthal wird ein Verpflichtungskredit von CHF 51'000 inkl. MwSt. bewilligt.

Dem Antrag wird mit einstimmig zugestimmt.

7 2019.16 Verpflichtungskredit von CHF 99'000 inkl. MwSt. für die Ausarbeitung eines Vorprojekt

Eintreten wird nicht bestritten

Peter Stucki, Gemeinderat: Das Vorprojekt über CHF 13,8 Millionen, das wir im November 2018 vorgelegt haben, wurde zurückgewiesen. Dies mit dem Auftrag ein neues Projekt vorzulegen, das den minimalen Aufwand aufzeigt, wie man das Hallen- und Gartenbad für die nächsten fünf bis zehn Jahre am Leben erhalten kann. Für das müssen wir ein neues Vorprojekt ausarbeiten, und für das benötigen wir das Geld, das im Antrag aufgeschrieben ist. Es ist nicht alles im ersten Vorprojekt für nichts, rund 60 % von dem was wir wissen müssen, können wir aus dem Vorprojekt auf das nächste Vorprojekt übertragen. Es braucht aber eine komplett neue Planung. Ich hoffe, dass das verstanden werden kann, wir haben ja Sparoptionen vorgelegt, wir haben bereits dort gesagt, dass wenn alle vier Sparoptionen eingelöst würden, könnten Beträge, die man gerechnet hat, verändert sein, aber in einem Rahmen, in dem die CHF 13,8 Millionen gedeckt werden können. Jetzt müssen wir nochmals neu zu planen beginnen. Ein Beispiel, wenn wir jetzt die Hallenbaddecke machen, wollen wir dann die alten, blinden Gläser wieder einbauen oder wollen wir neue einbauen? Müssen wir bereits den Schacht für den Lift einbauen und dann konsequenterweise auch alles für das hindernisfreie Bad vorbereiten und die Garderoben umbauen. Das müssen wir nun neu aufgleisen, das müssen wir auch neu etappieren. Wir haben zwei Etappen geplant, aber was genau wann gemacht werden muss, wissen wir nicht. Das einzige was wir wissen ist die Decke, alles andere muss neu geplant werden und das verursacht diese Kosten.

Was mir ganz wichtig ist, Bernhard Wehrli hat etwas gemacht, was heikel ist, er hat eine Zahl von CHF 9 Millionen gezeigt, diese Zahl ist mit nichts verifiziert. Die einzige verifizierte Zahl, die ich zu diesem Thema kenne, ist CHF 13,8 Millionen, dafür gibt es Offerten. Für diese 9 Millionen gibt es überhaupt nichts, mit dem kommen wir dann mit einem neuen Baukreditantrag. Wir haben ihn auf Wunsch von allen hier hineingenommen, um aufzuzeigen welche finanziellen Konsequenzen es haben kann. Meine schwache persönliche Hoffnung ist, dass wir nicht auf CHF 9 Millionen kommen, aber um aufzuzeigen, was es für einen Einfluss auf die Finanzen der Gemeinde hat, haben wir diese Zahl gewählt, aber es steht kein Wissen dahinter. Ich hoffe, dass das ganz dick im Protokoll steht, damit, wenn wir einmal zur Abrechnung kommen, man sich noch daran erinnern kann.

Petra Rutschmann: Wir haben den Verpflichtungskredit diskutiert, er ist für uns eine logische Folge aus der letzten Abstimmung, bei der wir die CHF 13,8 Millionen nicht wollten. Daher unterstützen wir sicher diesen Antrag. Was uns sehr wichtig wäre, dass wenn dieses Projekt ausgearbeitet wird, dass nicht nur ein Projekt ausgearbeitet wird, sondern dass auch zu möglichen Alternativfolgen, wie zusätzliche Turnhallen, die benötigt werden, wie der Rückbau oder Schüler, die nach Wettingen zum Schwimmen gehen müssen aufgezeigt würden, wenn das Projekt so nicht gemacht werden kann.

Erich Schmid: Es hiess vorher, es sei die logische Konsequenz aus der Ablehnung vom letzten November 2019, das ist so. Ich denke, die 60 % Wiederverwendung, die Peter Stucki vorher erwähnt hat, ist eine mehr oder weniger sinnvolle Grösse, vielleicht sind es auch 70 % oder auch nur 50 %. Insgesamt kann sicher darauf aufgebaut werden, was man im letzten Jahr gemacht hat. Dass es Geld braucht, um das wieder neu zusammenzustellen, ist uns auch klar. Wir haben im Antrag vermisst, dass man eine Etappierung machen sollte, aber ich nehme an, dass das einfach nicht erwähnt wurde, aber klar ist, dass das so ist, wie es im Finanzplan steht. Uns hat gestört, das gilt auch für den vorherigen Antrag, dass man erst jetzt mit dem Antrag kommt, denn im November 2018 waren die Dinge eigentlich klar, es sind relativ kurze Anträge und in der Märzsession liefen wir um 08.10 Uhr hinaus, weil wir wenige Traktanden hatten. Jetzt ist es etwas später, wir hätten das gut noch im März 2019 hineingebracht und ich denke, dass es auch machbar gewesen wäre. Einer von uns hat die Offerten, auch die der Architekten angeschaut, wie die knapp CHF 100'000 zustande kommen. Man darf ein Lob aussprechen, die beiden Architekten haben gut dargelegt, wie sie das Vorgehen sehen. Die Alternativen, die Petra angesprochen hat, ist wünschenswert. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Eugen Frunz: Auch wir haben über diesen Verpflichtungskredit beraten, grundsätzlich wurde es bereits gesagt, ist es ein logischer Schluss, es ist auch ein logischer Schluss auf den vorherigen Antrag, denn dort wissen wir erst, was wir machen müssen. Es braucht die CHF 99'000, 60 % kann man übernehmen, man muss nicht bei null anfangen. Ich möchte noch einmal sagen, dass die SVP hinter dem Hallenbad steht, aber nicht zu jedem Preis. Ich hoffe auch, dass die CHF 9 Millionen nicht stimmen, unsere Schmerzgrenze, die wir im November 2018 gesagt haben, liegt zwischen CHF 7 und 8 Millionen. Wir erwarten, dass Abklärungen beim Lotteriefond getroffen werden, was daran gezahlt würde, nicht dass es heisst, es könnte noch ein Beitrag kommen, aber wir wissen nicht wieviel das sein könnte. Wir werden dem Antrag mehrheitlich zustimmen.

Ralph Hunziker: Wir stimmen dem Antrag zu.

André Tinner: Auch wir haben dieses Geschäft natürlich noch einmal beraten. Und man sagt ja, wer A sagt, muss auch B sagen, und für die FDP sind diese beiden Traktanden miteinander verbunden. Nur wenn eine Gesamtübersicht gemacht werden kann, ist eine genaue Beurteilung der Kosten für den Erhalt des Hallen- und Gartenbades möglich. Die FDP stimmt dem Antrag unter der Bedingung zu, dass im Bauprojekt genau aufgezeigt wird, mit welchen Betriebsvarianten das Hallen- und Gartenbad, unter welchen Kosten betrieben werden kann. Es ist aufzuzeigen, welche Konsequenzen die verschiedenen Varianten für den Steuerzahler haben. Der Steuerzahler muss aber genau wissen, welche Steuererhöhungen bei welchen Varianten auf ihn zukommen. Die FDP stimmt diesem Geschäft auch zu.

Peter Stucki, Gemeinderat: Erich, der Antrag im März 2019 wäre etwas knapp gewesen. Um uns zu sammeln und zu fragen, was wir wollen, in welche Richtung es gehen soll und was der Einwohnerrat sich eigentlich wünscht, haben wir im Februar 2019 einen halbtägigen Workshop durchgeführt. Am 11. Februar 2019 mussten wir das Geschäft im Gemeinderat verabschieden und am 18. Februar 2019 mussten wir dem Einwohnerrat die Unterlagen für die März Sitzung zustellen, welche am 14. März 2019 stattgefunden hat. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten wir die Offerten noch nicht aufgearbeitet. Somit wäre der Zeitrahmen etwas anspruchsvoll gewesen. Wegen dem Lotteriefond habe ich mich für einmal wirklich schlaugemacht, wie das funktioniert. Es ist so, dass der Regierungsrat darüber entscheidet, er entscheidet nur einmal pro Antrag, der Lotteriefond selber empfiehlt, mit dem Antrag so spät wie möglich zu kommen. Damit nicht im Nachhinein festgestellt wird, dass vielleicht doch noch ein Schwimmbad mehr gebraucht wird und die Kosten nach oben gehen. Der Regierungsrat spricht auf einen Antrag eine Summe, fertig. Somit sollte der Antrag möglichst spät gestellt werden, damit alle Kosten bekannt sind. D.h., wenn der Baukredit gesprochen ist, könnte man den Antrag an den Lotteriefond stellen. Weil uns eine so detaillierte Kostenaufstellung vorlag, haben wir den Antrag im November 2018 bereits eingereicht, aber wir mussten ihn wieder zurückziehen. Der Antrag kann mit dem Spruch des Baukredits eingereicht werden. Wenn wir mit dem Ganzen vors Volk müssen, werden wir aber den Kreditantrag, ohne diesen Beitrag beantragen müssen, es wird somit immer die Bruttosumme sein. Wir werden den Antrag sicherstellen, aber so spät wie möglich, wie sie es auch empfehlen.

Christian Keller: Wir kommen zu den Einzelvoten. Ich bitte euch darum, euren Ärger über den ganzen Prozess des Schwimmbads jetzt nicht zum Ausdruck zu bringen, sondern beschränkt euch wirklich auf konkrete Fragen und sachliche Beiträge zur Diskussion.

Erich Schmid: Ich habe noch eine Frage zum Lotteriefond. Der Fond in Untersiggenthal, wurde dort wegen einer Unterstützung des Schwimmbads angefragt? Wo stehen wir dort mit den Abklärungen?

Peter Stucki, Gemeinderat: Wir haben die Anfrage noch nicht zurückgezogen, aber sie haben auch noch keine Antwort gegeben.

Erich Schmid: Diese Antwort habe ich erwartet.

Peter Stucki, Gemeinderat: Was wir sicher vorhaben, aber dafür benötigen wir den heutigen Entscheid, dass wir alle Gemeinden im Umfeld für eine regionale Trägerschaft für den Betrieb, aber nicht für die Investitionen gewinnen wollen. Wir haben nun einfach, rein für den Betrieb ein Betriebsdefizit von jährlich CHF 400'000 bis 500'000. Wenn es uns gelingt ein paar Gemeinden, deren Bevölkerung auch von uns profitiert, dazu zu bringen an einer solchen Betriebsträgerschaft teilzunehmen, dann kann dieser Betrag vielleicht etwas reduziert werden. Eine Beteiligung an den Investitionen wäre falsch, weil dann hätten wir die Eigentumsprobleme, das wäre nicht der richtige Weg.

Ralph Hunziker: Bei dieser Vorlage, fehlt etwas der zeitliche Rahmen, könnt ihr uns etwas angeben.

Peter Stucki, Gemeinderat: Für dich von der Sportkommission, und weil es um eine sportliche Sache geht, haben wir sportliche Ziele. Unser Wunsch wäre es, mit dem Vorprojekt im November 2019 in den Einwohnerrat zu kommen und dann im März 2020 vor das Volk zu gehen, damit wir nächstes Jahr damit anfangen können, Geld auszugeben, damit unser Aufgaben- und Finanzplan stimmt. Aber ob es sich so realisieren lässt, kann ich nicht versprechen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt den Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Für den Erhalt des Hallen- und Gartenbades Obersiggenthal wird ein Verpflichtungskredit für die Ausarbeitung eines Vorprojektes über CHF 99'000 inkl. MwSt. bewilligt.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

8 2019.17 Teiländerung Nutzungsplanung Hombergsteig 10

Eintreten wird nicht bestritten

Dieter Martin, Gemeindeammann: Eigentlich wollte ich dazu nichts sagen, denn es ist selbstsprechend, und wir haben darüber bereits verschiedentlich diskutiert. Ich möchte ihnen nahelegen, diesem Antrag zuzustimmen.

Ursula Spinnler: Die FDP unterstützt die Genehmigung der Teiländerung der Nutzungsplanung, Hombergsteig 10 einstimmig, und so die Einzonung dieser Landwirtschaftszone in eine Dorfzone. Die Stallungen, Unterstände und die Siloanlage sind in einem eher desolaten Zustand, so dass ein eventueller Neubau auf dieser Fläche nur rückwertig für diese Zone wäre.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt den Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Genehmigung der Teiländerung Nutzungsplanung Hombergsteig 10 bestehend aus:

- a) Bauzonen- und Kulturlandplan 1:2'500 vom 26. Februar 2019**
- b) Teiländerung Bau- und Nutzungsordnung vom 26. Februar 2019**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9 2019.18 Postulat 2019/18, Grüne betreffend Konsultativabstimmung zum geplanten Martinsbergtunnel

Eintreten wird nicht bestritten

Christian Keller: Wir wissen aus den Unterlagen heraus, dass die Durchführung der Konsultativabstimmung in unserer Gemeinde nicht möglich und nicht zulässig ist, weil wir keine gesetzliche Grundlage haben. Ausserdem fällt dies sogar in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates. Deshalb kann der Gemeinderat dieses Postulat gar nicht entgegennehmen, und es findet keine Abstimmung und keine Diskussion darüber statt. Der Gemeinderat hat Fragen von der Kerngruppe entgegengenommen und hat diese bereits schriftlich beantwortet. Falls es weitere Fragen zu diesem Thema gibt, ist es besser, wenn ihr diese gleich anschliessend in der Umfrage stellt. Noch ein weiterer Hinweis auf die Informationsveranstaltung vom 25. Juni 2019. Ich möchte Urs Müller noch kurz das Wort geben, damit er dazu noch etwas sagen und das Postulat formell zurückziehen kann.

Urs Müller: Wir bedauern es natürlich, dass es im Aargau offensichtlich nicht möglich ist, die Bevölkerung konsultativ über etwas abstimmen zu lassen. In anderen Kantonen ist das scheinbar möglich. Wir dürfen über fast alles abstimmen, aber nicht über ein Projekt, das für uns dermassen einschneidend ist, wie der geplante Martinsbergtunnel, mit einem Autobahnzubringer durch die Gemeinden. Im Postulat ging es einerseits darum dem Kanton zu zeigen, was eigentlich die Bevölkerung von diesem Projekt hält, aber es geht auch darum auf die Eigenart Mitwirkungs- und Informationspolitik des Baudepartements in Sache OASE hinzuweisen. Der Gemeinderat hat nun unsere Fragen, das sind nicht Fragen der Grünen, sondern von einem überparteilichen Komitee, schriftlich beantwortet und dafür möchten wir uns bestens bedanken. Ich hoffe, ihr habt diese Antworten erhalten und sonst müsstet ihr euch an eure Fraktionspräsidentinnen und Präsidenten wenden, die haben sie sicher erhalten. Das Komitee, das gebildet wurde, besteht aus Vertretern aller Parteien. Es zieht übrigens mit dem Gemeinderat am gleichen Strick, wir haben die gleichen Ansichten. Je nach Verlauf des Informationsabends am 25. Juni 2019 durch den Kanton, werden wir uns weitere Schritte vorbehalten, um mehr Transparenz in das Mammutprojekt bringen. Das Postulat würden wir zurückziehen.

10 2019.19 Umfrage

Christian Keller: Wir haben sieben eingereichte Fragen.

Christian Buser: Ich möchte gerne die Frage vom letzten Mal nochmals aufnehmen. Wir hatten Mitwirkungsverfahren, der Hombergsteig 10 ist nun durch, aber es war auch eine Teiländerung BDO für den Tannenweg, für die Gestaltung bzw. den Sondernutzungsplan Häfelerau. Mich würde es jetzt interessieren, in welchem Umfang Stellungnahmen eingegangen sind,

was der allgemeine Tenor dieser Stellungnahmen ist und wo die Herausforderungen, die Risiken bzw. Themen sind, die zu allfälligen Verzögerungen dieser Anpassungen führen könnten.

Dieter Martin, Gemeindeamman: Betreffend dem Erschliessungsplan Tannenweg, sind sieben Mitwirkungen eingegangen. Die Mitwirkungen sind themenmässig unterschiedlich ausgefallen. Sie betreffen: Abstand südseitliche Baulinie, Fuss- und Veloweg soll in den Tannenweg integriert werden, bauliche Verhinderung der Durchfahrt für den motorisierten Individualverkehr Boldistrasse – Hertensteinstrasse, Variantenwahl sei nachvollziehbar und Erschliessung weiterhin über den Häfelerweg.

Die dritte Frage, wo die Herausforderungen sind, kann ich wie folgt beantworten. Die Verfahrensdauer der Sondernutzungsplanung stellt aktuell kein Risiko dar, da noch keine Projekte zur Mehrnutzung der betroffenen Liegenschaften bekannt sind. Der Prozess sieht so aus, das Mitwirkungsverfahren, die Bereinigung Sondernutzungsplanung durch die öffentliche Auflage, das Einwendungsverfahren und später dann der Beschluss des Gemeinderates. Aktuell sind wir daran, den Mitwirkungsbericht zu erarbeiten.

Beim Häfelerau, bei dem es um einen Gestaltungs- und Bodenerschliessungsplan geht, sind 20 Mitwirkungen eingegangen, eine davon nach der Frist. Mitwirkungen gehen vor allem auf die Erschliessung ein, der Waldeggweg, so wie er geplant ist, wird als ungenügende Erschliessung empfunden. Das Nutzungsmass, sei aufgrund des möglichen Verkehrsaufkommens zu hoch. Die Verfahrensdauer der Sondernutzungsplanung, hier geht es um die Erschliessung durch den motorisierten Individualverkehr und den Schulweg wird sich aufgrund der Einsprachen voraussichtlich verzögern. Im April 2019 war der Stand so, dass wir auch dort am Erarbeiten des Mitwirkungsberichts sind.

Lukas Füglistler: Die Frage, betreffend der 5G Antennen wurde aus der Bevölkerung an mich herangetragen. Mittlerweile weiss ich, dass in unserer Gemeinde keine oder noch keine dieser Antennen in Betrieb sind. Die Frage ist, ob Netzbetreiber den Gemeinderat informiert oder angefragt haben, ob die neuen Antennen in Betrieb genommen werden dürfen oder genommen werden können. Inwiefern hat der Gemeinderat die Möglichkeit, die Fragen an die Netzbetreiber zu stellen, so dass die Bevölkerung darüber informiert werden kann, wo mögliche Antennen geplant sind.

Dieter Martin, Gemeindeamman: Ich möchte zu diesem Thema gerne ein paar Worte sagen. Wie ihr vielleicht auch gelesen habt, hat der Bundesrat am 17. April 2019, im Zusammenhang mit 5G neue Frequenzen bewilligt. Als Grundlage dazu dient die Verordnung über den Schutz nichtionisierender Strahlung (NISV), diese wurden per 1. Juni 2019 in Kraft gesetzt. Die Einführung von 5G ist besonders eng mit der Vergabe der Frequenzen um 3,5 GHz verknüpft, in diesem Bereich, in der für 5G notwendigen grossen Bandbreiten zur Verfügung gestellt werden können. Die Nutzung von höheren Frequenzen im oberen Bereich von 20 bis 80 GHz für die 5G Technologie ist unter bestimmten Bedingungen technisch möglich, eine entsprechende Frequenzvergabe ist seitens Bund noch nicht erfolgt. Hier besteht auch eine grosse Verunsicherung, vor allem bezüglich der so genannten Millimeterwellen, diese treten bei Frequenzen ab 26 GHz auf. In der Tat sind in diesen Bereichen die Auswirkungen auf den menschlichen Körper noch wenig erforscht. Die Schweizer Mobilfunkbetreiber dürfen solche Frequenzen heute nicht nutzen, wann diese freigegeben werden ist noch offen.

Damit wir alle das gleiche Verständnis haben, möchte ich schnell darauf hinweisen, dass wir bis jetzt eine solche Antennenart hatten. Es werden Folien gezeigt. Dort hat man eine gleichmässige Befeldung, wie sie das nennen. Neu werden adaptive Antennen, die ein sogenanntes Beamforming erlauben, bewilligt. Mittels des neuen Antennentyps, oder dieser Technologie kann noch ausgeprägter mit dem sogenannten Beamforming gearbeitet werden. Beim Beamforming wird das Mobilgerät am Anfang durch einen sehr schwachen Kontrollstrahl gesucht und von der Antenne lokalisiert, dann wird der Antennenstrahl gebündelt, und dem Endgerät zugeführt. So werden die Empfangsbedingungen durch aktuell kompensierende

Mobilgeräte lokal verbessert. Es ist eine bessere technische Lösung, als die, die wir heute haben. Mit dieser Technologie lässt sich auch das bisherige 4G betreiben.

Du hast noch die Frage gestellt, inwiefern der Gemeinderat die Möglichkeit hat, Fragen an die Netzbetreiber zu stellen, so dass die Bevölkerung informiert werden kann. Der Gemeinderat hat die Netzbetreiber proaktiv angeschrieben, und Auskunft verlangt. Wie du es bereits gesagt hast, sind im Moment noch keine 5G Antennen in Betrieb. Wir haben von den Betreibern folgende Auskünfte erhalten: Die Swisscom hat zwei bestehende Standorte, die umgerüstet werden können, dazu ist auch noch eine bestimmte Kapazität erforderlich. Diese Umrüstung ist von der Swisscom im zweiten Halbjahr 2019 geplant. Die Umrüstung wird mittels Baugattelländerung, bei der kantonalen NIS-Fachstelle bewilligt, damit haben wir nichts zu tun. Die genaue Anzahl zusätzlicher Standorte für Obersiggenthal lässt sich heute noch nicht ermitteln. Damit die Möglichkeit von 5G vollumfänglich genutzt werden kann, wären grundsätzlich neue Standorte erforderlich, aber diese müssen mit einem entsprechenden Baugesuch beantragt werden.

Bei Salt gibt es einen Standort, der umgerüstet werden könnte, aber der Termin und der Bedarf sind noch offen, das gleiche gilt für Sunrise. Das wären in Kürze meine Ausführungen zu dieser Frage 5G.

Christian Keller: Peter Marten, du hattest auch noch eine Frage?

Peter Marten: Ja, das letzte Mal.

Lukas Füglistner: Ich habe noch eine zweite Frage eingereicht. Ehrlicherweise weiss ich nicht mehr genau, um was es ging. Es könnte sein, dass es um den Entsorgungsplatz Markthof gegangen ist, das haben wir auch bereits schon eingehend diskutiert. Ich möchte einfach noch einmal darauf hinweisen, dass mittlerweile nicht nur an den Wochenenden fremd abgelagert wird, sondern auch unter der Woche. Für mich ist der Entsorgungsplatz mittlerweile klar eine Fehlplanung.

Theo Flückiger: Ich habe vorgängig bereits zwei Fragen an Dieter Martin gestellt. Einerseits haben wir im letzten September ein Postulat zu den Kommissionen überwiesen und dazu ist meine Frage, was der Stand der Dinge ist?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Bereits bei der Überweisung des Postulats hat der Gemeinderat darauf hingewiesen, dass zuerst die Erfahrung mit dem neuen Gemeindeführungsmodell abgewartet werden sollte. In diesem Sinn wird der Gemeinderat das Postulat im ersten Halbjahr 2020 beantworten.

Ich möchte kurz noch eine Spontanantwort zur Frage geben, was die Überlegungen waren, das Bettina Lutz Güttler per sofort im Gemeinderat startet und nicht Christian Keller. Wenn Theo Flückiger richtig informiert sei, werde das zu weiteren Rochaden in den Abteilungen führen, da sie das Ressort Ende Jahr bereits wieder wechseln wird. Das Bestreben aus Sicht des Gemeinderates müsste doch sein, Kontinuität in den Rat zu bringen, was nun leider nicht gegeben sei. Doppelt ungünstig sei auch, dass nun mit dem Geschäftsleitungsmodell zusätzliche Rochaden entstehen.

Dazu kann ich nur sagen, dass wir, als Bettina kam die Ressorts neu verteilt haben, und zwar so, wie sie künftig in der Geschäftsleitung vorgesehen sind. Zum anderen wäre ich dankbar, wenn ihr das darlegen würdet, ihr habt euch geeinigt, warum das du kommst, das kann ich nicht beantworten.

Christian Keller: Das wurde nicht im Gemeinderat diskutiert.

Bettina Lutz Güttler, Gemeinderätin: Das fand am Wahlsonntag statt, nach der Bekanntgabe, dass wir beide gewählt sind. Wir haben uns getroffen, und uns darauf geeinigt, dass Christian

im Januar 2020 beginnt, damit er u.a. das Einwohnerratspräsidium fertig führen kann, das würde auch wieder zu einem Rattenschwanz führen. Dann gab es Überlegungen dazu, dass es vielleicht von Vorteil wäre, wenn ich einmal Einblick in den Gemeinderat und in die Verwaltung bekomme, bevor ich die Stelle des Gemeindeammanns übernehme. Von 0 auf 100 ist es wirklich eine Herausforderung, es ist schon von 0 auf 20 eine Herausforderung. Bei der Ressortverteilung ist es so, dass momentan die Bildung, die Aline Schaich hatte, bei mir ist. Die Jugend ist formell beim Ressort von Walter Vega und wird nachher an Christian Keller übergeben. Der Bau ist bereits auf Peter Stucki übergegangen. Es war eine Gesamtüberlegung, natürlich kann ich deine Bedenken auch nachvollziehen, aber unter dem Strich machte es für uns mehr Sinn, das so zu lösen.

Christian Keller: Ich kann das bestätigen, wir haben uns am Wahlsonntag in einer halben Minute gefunden. Die Fraktionspräsidentinnen und Präsidenten, die an der Sitzung im Februar 2019 dabei gewesen sind, als die Gemeinderatswahlen vorbesprochen wurden, wissen das auch. Ich habe dort meine Kandidatur angekündigt und habe gesagt, dass es mir ein Anliegen ist, das Präsidium im Einwohnerrat fertig zu machen. Es gibt auch andere Aspekte, eigentlich wäre der Zeitpunkt gut, gleich jetzt, wenn das Geschäftsführungsmodell kommt, einzusteigen, um das von Anfang an mitprägen zu können. Es ist vielleicht auch ein Argument, dass es jetzt halt im Ressort Schule zweimal einen Wechsel gibt. Aber für mich stimmt es so, und ich kann sehr gut nachvollziehen, dass Bettina sofort einsteigen wollte, um den Gemeinderat kennenlernen zu können, und sich so auf ihr Amt vorzubereiten.

Carol Demarmels: Ich bin leicht verwirrt, denn ich habe auch zwei Fragen eingereicht, und ich habe gemerkt, dass ihr es einfach irgendjemandem einreicht, wem sollen wir die Fragen vorgängig einreichen? Ich habe es Romana Hächler und dir eingereicht, aber offenbar ist das auch nicht angekommen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir haben deine Fragen erhalten.

Carol Demarmels: Ah, ihr habt sie erhalten, dann ist ja gut. Ich habe zwei Anliegen, das eine geht um Ratio 2020, dort würde es mich interessieren, in welcher Form der Gemeinderat den Einwohnerrat über die Einsparungen, die dort getätigt werden, informieren wird. Es geht mir nicht darum, jede Einsparung in Frage zu stellen, ich bin mir sicher, dass der Gemeinderat auch viele Budgets einreichen wird, bei denen wir alle applaudieren werden, wenn wir sie streichen können. Aber das Einschätzen vom Nutzen der Leistungen ist auch sehr oft subjektiv. Wie ich es bis jetzt gehört habe, ist das nicht angedacht, dass das uns öffentlich gezeigt wird. Ich habe insbesondere mit solchen Sparmassnahmen sehr unglückliche Erfahrungen gemacht, in Baden gab es das Projekt Optima, das ist sicher relativ ähnlich gelaufen. Es wurden am Anfang auch teilweise Einsparungen gemacht, bei denen man nicht an alle Auswirkungen dachte, und ein Jahr später mussten gewisse Dinge wieder mühsam ins Budget aufgenommen werden. Es gab auch einen Vorstoss, dass das transparent gemacht wird, das kam dann später auch durch. Es würde über die Jahre aufgezeigt, welche Einsparungen man in welchen Jahren tätigen will und das Ziel war damals CHF 10 Millionen. Ich fände es wahnsinnig wünschenswert, wenn wir das auch in irgendeiner solchen Form machen würden, und wir das zu Gesicht bekommen und zwar unabhängig vom Budget. So, dass wir das als Gesamtpaket verabschieden könnten. Insbesondere deshalb, weil im Budget selber die einzelnen Positionen für uns nicht mehr sichtbar sind.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Bei Ratio 2020 handelt es sich um einen Strauss von Fragen, die in alle Richtungen innerhalb von der Verwaltung zielen. Dabei wird nicht nur die Aufwandseite, sondern wo möglich auch die Ertragsseite angeschaut. Zudem werden auch die Verträge angeschaut, ob sie den heutigen Ansprüchen noch genügen und ob sie noch benötigt werden etc. Grundsätzlich ist es die Idee, anlässlich der Budgetsitzung über die Resultate zu Ratio 2020 zu informieren. Wir haben das nicht breitgestreut, weil es dort Fragen gibt, die eher zu einer Verunsicherung führen könnten. Wir haben in Sinne eines Brainstormings alles auf den Tisch gelegt, was wir abklären und diese Abklärungen haben wirklich teilweise schon

ergeben, dass es keinen Sinn macht oder nicht möglich ist. Wir wollten keine Mitarbeiter verunsichern, weil dort Dinge stehen, bei denen man sagen muss, dass das doch nicht geht. Das ist der Hintergrund, damit keine Angst geschürt wird, wo es nicht nötig ist. Wir möchten nicht, dass es passiert, dass wir etwas entscheiden, bei dem man im Nachhinein merkt, dass es ein völliger Blödsinn war. Wir werden anlässlich der Budgetsitzung über die erfolgreichen Massnahmen informieren.

Carol Demarmels: Somit kann ich damit rechnen, dass wir an der Budgetsitzung klar markiert bekommen, wo welche Kürzungen aufgrund eurer Sparbemühungen von Ratio 2020 getätigt wurden?

Dieter Marlin, Gemeindeammann: Ja, das ist die Idee.

Carol Demarmels: Super, vielen Dank. Meine zweite Frage habe ich auch schon angekündigt. Ich lese jetzt das Kinderbetreuungsgesetz nicht noch einmal vor. Aber das Goldiland ist in gewissen Modulen ja bereits voll belegt und in vielen anderen Modulen an der obersten Grenze der Kapazität. Mich würde es interessieren, was der Plan ist, wenn das Goldiland voll ist. Wir haben Tagesmütter bei uns in der Gemeinde, die teilweise zehn Kinder über den Mittag betreuen, wenn jetzt nur eine dieser Tagesmütter wegzieht oder aufhört, ist das Goldiland voll. Was ist der Plan des Gemeinderates?

Walter Vega, Gemeinderat: Ich möchte zuerst das Kinderbetreuungsgesetz noch weiterlesen, denn du hast den letzten Satz ausgelassen. Dort heisst es, dass die Aufgabe in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden oder Dritten erfüllt werden kann. Das ist vielleicht noch ein wichtiger Satz, es muss nicht alles durch uns selber passieren. Jetzt zur Unterscheidung Krippe und Tagesstrukturen, bei der Krippe sind wir im Krippenpool, dort können die Eltern ihre Kinder in ungefähr 25 Krippen in der Region platzieren, es muss also nicht in Obersiggenthal sein. Bei den Tagesstrukturen habe ich nachgesehen, es ist wirklich vom Modul und vom Wochentag abhängig. Es gibt das Frühbetreuungsmodul, die Mittagsbetreuung und die Spätnachmittagsbetreuung und je nach Wochentag sind diese unterschiedlich ausgelastet. Es gibt ein paar, die an gewissen Tagen relativ hoch sind, aber ganz ausgelastet ist aber keines, das ist schon so.

Carol Demarmels: Ich weiss nicht, wo du deine Informationen bezogen hast, aber ich bei der Geschäftsleitung vom Goldiland.

Walter Vega, Gemeinderat: So, so.

Carol Demarmels: Als Information, am Montag, Dienstag und Donnerstag ist die Mittagsbetreuung teilweise 100 % voll.

Walter Vega, Gemeinderat: Ja, zum Teil knapp, die Mittagsbetreuung, das kann sein. Es gibt aber auch Tage, an denen es 5 % oder 13 % sind.

Carol Demarmels: Das nützt uns aber nichts.

Walter Vega, Gemeinderat: Es ist abhängig vom Stundenplan, der wechselt natürlich jedes Jahr. Die Erfahrungen vom Goldiland sind, dass die Eltern auch relativ flexibel sind, so dass sie in der Regel auch einen anderen Wochentag wählen. Strenggenommen nach Gesetz, können auch die Tagesstrukturen in einer anderen Gemeinde sein, die müssen nicht in Obersiggenthal sein. Deshalb habe ich auch den letzten Satz noch vorgelesen, der gehört nämlich dazu. Im Moment sehe ich nicht, dass wir dort in einen Engpass kommen, und sonst müssten wir mit anderen Gemeinden schauen.

Carol Demarmels: Wir haben die Situation im Moment befriedigt, aber es ist ganz klar, dass es in zwei Jahren, ziemlich sicher nicht mehr reichen wird. Man überlegt es sich erst dann? Man

Überlegt sich nicht bereits jetzt, welche Optionen man in Betracht ziehen könnte, man hätte sie dann im Hinterkopf?

Walter Vega, Gemeinderat: Bei den Tagesstrukturen sind wir laufend im Gespräch. Ich war letzten Montag an einer Vorstandssitzung, es ist also nicht so, dass sofortiger Handlungsbedarf besteht. Wir würden das sicher anschauen, und dann das Gespräch mit den anderen Gemeinden suchen. Aber es ist nicht die Idee, dass wir damit beginnen, ein neues Goldiland aufzubauen.

Sandra Hehli: Ich möchte gerne den Stand in Bezug auf das Gäsliacker erfahren, ob man da planmässig unterwegs ist. Es hiess, es sei im Jahr 2019 einzugsbereit, wisst ihr da etwas?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Das Gäsliacker ist mit Ärzten, den Betreibern in Diskussion, aber die Verträge existieren noch nicht. Es ist nicht ganz so einfach, wie man sich das vorgestellt hat. Es wird sicher Anfang nächstes Jahr werden, bis man hier konkret Bescheid weiss. In der Zwischenzeit ist alles aufbereitet, faktisch könnte man eigentlich das Baugesuch formulieren.

Sandra Hehli: Es wurde aber noch kein Baugesuch eingereicht?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Nein

Sandra Hehli: Aber man ist nicht planmässig unterwegs?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ja, man hat es sich etwas einfacher vorgestellt.

Peter Stucki, Gemeinderat: Ich möchte die Anfrage von Peter Marten von der Einwohnerratssitzung vom 14. März 2019 noch beantworten. Er hat festgestellt, dass es auf dem Hirschenplatz in Kirchdorf seit längerer Zeit ein Loch hat. Es handelte sich hier um ein Werkloch der EGS, die mussten ein defektes Elektrokabel ersetzen. Das Kabel hat sich massiv gewehrt, sie mussten bis zum Reckenberg diverse Löcher eröffnen, bis sie das Kabel herausbekommen haben. Wenige Tage nach der Einwohnerratssitzung wurde das Loch geschlossen. Es wurde asphaltiert und nicht gepflastert. Die Herstellung des schönen Ortsbildes von Kirchdorf hängt auch vom Hochwasserschutz ab, wir werden in diesem Jahr ein Hochwasserkonzept für die Gemeinde haben, das wurde bereits beantragt. Bis dahin wird nichts mehr in Kirchdorf geplant, damit wir wissen, wie wir in Zukunft bauen müssen, um die Anforderungen Hochwasserschutz erfüllen zu können. Das sollte aber dieses Jahr erledigt sein. Nachher wird die Pflasterung und die Wiederherstellung im Zusammenhang mit der Sanierung der Brühlstrasse, Abschnitt Kreuel, vielleicht sagt mir mal jemand wo das ist, bis hinunter zur Landstrasse an einem Stück durchgeführt. Das sind eigentlich drei unabhängige Projekte, Hochwasserschutz, Sanierung Brühlstrasse und Hirschenplatz. Die Planung der Sanierung ist für das Jahr 2020 und die Realisierung auf das Jahr 2021 vorgesehen. Dann sollte der Hirschenplatz wiederhergestellt sein.

Erich Schmid: Bettina hat die Ressortverteilung angesprochen. Wird die neue Ressortverteilung noch publiziert?

Christian Keller: Es ist jetzt 23.10 Uhr.

Denise Hunziker: Ich habe nur noch eine kurze Anregung. Im Rahmen einer Notfallweiterbildung haben wir uns gefragt, wo in unserer Gemeinde die Defibrillatoren Standorte sind. Ich habe gesehen, dass in meinem eigenen Betrieb sehr grosse Unsicherheit aufgekommen ist. Ich habe einige Leute gefragt, ob sie darüber informiert sind, wo genau diese Standorte bei uns in der Gemeinde sind. Es gibt diverse Apps, die diese Standorte preisgeben, leider ist bei Obersiggenthal gähnende Leere. Ich denke, dass im Notfall jede Sekunde zählt. Gibt es eventuell die Möglichkeit, dass man auf der Website der Gemeinde unter Notfälle eine Karte

über die Standorte, die wir haben, hinterlegen könnte. Damit die AED Apps, die es gibt, aktualisiert werden können.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir werden das grundsätzlich machen können, ich kann für heute Abend sagen, dass es beim Eingang des Gemeindehauses einen Defibrillator hat.

Denise Hunziker: Das ist mir bekannt, aber wir haben ja nicht nur diesen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die anderen weiss ich nicht wo sie sind.

Denise Hunziker: Eben, siehst du, da fängt es schon an.

Christian Keller: Wir haben jetzt 23.15 Uhr und wären am Schluss der Sitzung. Diejenigen, die noch Durst haben, und morgen nicht früh aufstehen müssen, treffen sich nach der Sitzung im Restaurant Neuhaus. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Der Präsident:

Christian Keller

Die Protokollführerin:

Romana Hächler